

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljahr 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummern 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1901 unter Nr. 7671.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 3 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechsgepaltenen Kolon-
 nelle oder deren Raum 40 Pf. für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn-
 und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Brühl-Straße 2.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Sonnabend, den 23. Februar 1901.

Expedition: SW. 19, Brühl-Straße 3.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Der Kampf um die Diäten.

In der Schorfmacherpresse, dem „Berliner Neuesten“ und den „Hamburger Nachrichten“, der „Post“ usw. ereifert man sich sehr gegen die anscheinend beschlossene Gewährung von Reichstagsdiäten. Uns ist diese Angelegenheit ziemlich gleichgültig. Die Diätenlosigkeit schadet uns nicht, und, wenn wir Diäten erhalten sollten, so hat das für uns gewiß keine Vorteile, aber auch gewisse Unbequemlichkeiten.

Wenn nun gerade die Vertreter des agrarischen und industriellen Großkapitals mit besonderer Leidenschaft gegen Diäten ankämpfen, so hat das seinen sehr guten Grund. Es ist nichts als ein recht einfältiger Kniff, wenn sie auch bei dieser Gelegenheit wieder das rote Gespenst beschwören. Sie geben vor, Besorgnisse vor der Socialdemokratie zu haben, ihr wirkliches Motiv aber ist die Angst vor ihren eigenen Freunden — den Mittelständlern.

Der Mittelstand, die Handwerker, kleinen Händler und Bauern, haben das größte Interesse an den Diäten. Die Diätenfrage ist recht eigentlich eine Mittelstandsfrage. Die Kleinbürgerlichen und bäuerlichen Elemente sind ja heute vom Reichstag ausgeschlossen, weil sie keine Existenzmittel haben. Giebt es Diäten, dann werden die Kleinbürgerlichen Klassen, die heute noch reaktionär wählen, nicht mehr die großen Herren in den Reichstag schicken, sondern Leute aus ihren eigenen Reihen. Und das ist es, was die Junker vom Hochofen und der Dreschmaschine fürchten. Das ist es, was die „Post“ meint, wenn sie schreibt:

„Wenn es schon grundsätzlich verkehrt erscheint, das Gegengewicht gegen die Wirkung des gleichen und geheimen Stimmrechts, welches die Reichsverfassung in der Diätenlosigkeit der Reichstags-Abgeordneten erblickt, ohne vollwertigen Ersatz (d. h. ohne die Befestigung des jetzigen Reichstags-Wahlrechts, Red. d. Vorw.) zu beseitigen, so unterliegt es keinem Zweifel, daß unter der Herrschaft des gleichen und geheimen Wahlrechts die Befestigung der Diätenlosigkeit zu einer äußerst bedenklichen Herabdrückung des geistigen Niveaus des Reichstags führen müßte. Schon jetzt steht der Reichstag an geistiger Arbeitskraft hinter anderen Volksvertretungen zurück und seine gesetzgeberische Thätigkeit wird überhaupt nur dadurch ermöglicht, daß die arbeitssfähige kleine Minderheit die Geschäfte des Reichstags unter schwerer persönlicher Ueberlastung so ziemlich allein besorgt. Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Anreiz für die Bewerbung um ein Mandat, welcher in der Gewährung von Diäten für viele bisher davon zurückgehaltene Personen liegen würde, in Verbindung mit dem gleichen und geheimen Wahlrecht dazu führen müßte, die ohnehin schon übergroße Zahl der Drohnen im Reichstage noch zu vermehren und so dessen geistiges Niveau und damit sein Ansehen noch weiter herunterzudrücken. Bevor nicht die nötigen Skutelen gegen eine solche Wirkung der Aufhebung der Diätenlosigkeit geschaffen sind, wird man in dieser daher eine schwere Gefahr für die verfassungsmäßigen Institutionen des Reichstags erblicken müssen.“

Der ganze Haß der Reaktionsäre gegen das Reichstagswahlrecht bricht in dieser Anklage wieder einmal hervor. Das Geschwätz über die Herabdrückung des geistigen Niveaus ist natürlich bärer Unsinn; denn wenn auch der diätengesequerte Landtag geistig tief unter dem diätenlosen Reichstag steht, so ist das nicht die Schuld der Diäten, sondern des Klassenwahlrechts. Der geistige Stand der reaktionären Parteien kann überhaupt nicht mehr verschlechtert werden, wenn auch statt des Herrn v. Kardorff ein kleiner Handwerksmeister oder statt des Herrn v. Levetzow irgend ein bäuerlicher Jochen im hohen Hause erscheinen sollte. Diese teilweise zu erwartende Ueberwindung der Westphalstrategie durch den Mittelstand flößt den Privilegierten Grauen ein, und deshalb wenden sich Organe, wie die „Berliner Neuesten Nachrichten“ direkt an den Kaiser, um den anscheinend willigen Bundesrat von seinem Entschluß abzubringen:

„Alle Politiker in Deutschland, die das Reich nach der Bismarckschen Tradition und nicht nach den Bedürfnissen des Centrums und der Socialdemokratie oder nach den augenblicklichen Majoritätskonstellationen des Reichstags regieren wollen, müssen sich e i n m ä ß i g u n d e n t s c h l o s s e n für die Ablehnung jeder Art von Diäten und Anwesenheitsgeldern aussprechen und ihrem Könige zurufen: **König! Hab acht!**“

Wie gesagt, die Socialdemokratie, die kein sonderliches Interesse an den Diäten hat, ist nur vorgeschoben. Diese offenbare, wenn auch noch so verkappte, Agitation gegen den Mittelstand ist eine bemerkenswerte Erscheinung, die den Gegensatz zwischen den reaktionären Führern und dem eigentlichen Mittelstand grell beleuchtet. Von der großen Liebe zum Mittelstand ist hier, wo es sich um eine praktische Reform zu seinen Gunsten handelt, gar nichts zu verspüren. Der Großindustrielle schmeichelt dem Handwerker, um Wohlstimmen zu erhalten; der Junker tauscht den Bruderschwarm mit dem Bauern, um den betrogenen Helfershelfer für die Brotwucherpolitik zu gewinnen. Wenn es aber gilt, durch die That die Handwerker- und Bauernfreundschaft zu beweisen, durch Gewährung von Diäten den Mittelstandsleuten das Erscheinen im Reichstag zu ermöglichen, dann sträuben sich die „geborenen Führer“ des Mittelstands aufs heftigste gegen solche Erschlüpfung ihrer Herrschaft.

In dem jetzigen Kampf um die Vorvorlage verdient dieses Vorgehen der großkapitalistisch-agrarischen Mittelstands-„Freunde“ gegen die Mittelstands-Interessen immerhin einige Aufmerksamkeit.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 22. Februar.

Das Abgeordnetenhaus

beriet am Freitag den Etat der Bundesverwaltung. Nachdem bei den Einnahmen der Abg. Frhr. v. Jeditz (F.) wieder einmal gegen den Kanal Stimmung zu machen gesucht hatte, kam es bei dem

Ausgabetitel Minister zu einer interessanten Debatte über die Frage, ob der Minister v. Thielen berechtigt gewesen sei, der Großen Berliner über den Kopf der Stadtverordneten hinweg die Konzession bis zum Jahre 1949 zu verlängern. Unterstützt von dem unermüdlichen Friseur v. Jeditz leitete Herr v. Thielen die Berechtigung zu seinem Vorgehen aus dem Kleinbahngesetz her. Daß er formell im Rechte sei, gab ihm auch Abg. Dr. Friedberg (natl.) zu, der gleichzeitig sein Bedauern über die Sache selbst aussprach, da dadurch die so wünschenswerte Uebernahme der Straßenbahnen in eigne Regie wieder verzögert werde. Die Abgeordnete Goldschmidt (fr. Sp.) und Dr. Langerhans (fr. Sp.) gingen mit dem Minister wegen seiner Verlängerung der Interessen der Reichshauptstadt scharf zu Gericht. Trotz der wiederholten Rechtfertigungsversuche Thielen's gewinnt es immer mehr den Anschein, als habe der Minister lediglich aus Gefälligkeit gegen die Große Berliner die Interessen der Gesamtheit außer acht gelassen.

Einige zum Etat gestellte Anträge auf Verringerung der Bauinspektoren, Maschinenbauinspektoren und Regierungsbaumeister wurden der Budgetkommission überwiesen. Den Etat selbst, abgesehen von den auf die Kanalvorlage bezüglichen Positionen, die einstweilen ausgelegt wurden, genehmigte das Haus.

Am Sonnabend beginnt die zweite Lesung des Etats der Eisenbahnverwaltung.

Agrarier gegen Getreidezölle.

Als der Antrag Kanitz im Reichstag beraten wurde, erschien in der „Kreuz-Zeitung“ eine Artikelserie des Grafen Kanitz, in der klipp und klar die innere Sinnlosigkeit der Getreidezölle auch für die Großgrundbesitzer bewiesen wurde. Jetzt nimmt die „Kreuz-Zeitung“ in einer merkwürdigen, ein wenig zaghaften Betrachtung über den russischen Handelsvertrag den Gedanken in etwas abgeschwächter Form wieder auf:

„Uebrigens müssen wir auch bei dieser Gelegenheit wieder betonen, daß die deutsche Landwirtschaft keineswegs in hohen Getreidezöllen ihre sichere Rettung sieht. Bei niedrigen Weltmarktpreisen verschaffen uns die Zölle keinen auskömmlichen Getreidepreis, und wenn eine Mißernte wie 1891/92 den Getreidepreis auf fast das Doppelte steigert, dann sind auch mäßige Zölle noch zu hoch. Die deutsche Landwirtschaft will in erster Linie stabile Preise, und die kann ihr der Getreidezoll niemals sichern. Fürchtet sich also unsere Industrie vor einem Zollkrieg, so mag sie uns nach Ablauf der Handelsverträge den Antrag Kanitz bewilligen. Gegen diesen hatte Rußland seiner Zeit nichts einzuwenden und würde auch jetzt noch sein Interesse dabei gewahrt finden. Die praktischen und politischen Bedenken gegen den Antrag sind längst widerlegt, und er würde die Verhandlungen über neue Handelsverträge beiden Kontrahenten wesentlich erleichtern.“

Wenn also die Agrarier selbst die Zölle für wertlos halten, so sind demnach jetzt eigentlich alle Parteien gegen die Getreidezölle. Es ist eine erstaunliche Unverschämtheit, daß die Agrarier für hohe Getreidezölle mit allen Mitteln agitieren, wo sie selbst die wirtschaftstechnische Unzulänglichkeit des Schutzollsystems einsehen und eingestehen.

Wenn dem so ist, so ist überhaupt kein Anlaß mehr vorhanden, daß irgend jemand für Erhöhung der Getreidezölle eintritt. Man gebe also diese Forderung auf und man beschäftige sich lieber gleich mit dem Antrag Kanitz, d. h. mit der Junkerforderung, „stabile Preise“, will sagen eine feste Rente auf Reichs- und Volkslosten garantiert zu erhalten. Das klärt die Situation und vereinfacht den Kampf.

Possen.

Die Proteste gegen das neueste China-Abenteuer, die in der Presse bis weit hinein in die Blätter der Rechten, am schärfsten aber natürlich in der socialdemokratischen Presse erhoben worden sind, bezeichnen die offiziellen „Berliner Neuesten Nachrichten“ als „Possen“:

„Das Centralorgan der deutschen Socialdemokratie ruft auf zum Kampfe, indem es in Sperdrud die gewichtigen Worte veröffentlicht: „Sollte sich die Regierung nicht schlemmigt noch zu einer nach jeder Richtung hin vollständig beruhigenden Erklärung verstehen, so würden die Vertreter des Volks eine Gelegenheit erzwängen, um gegen die neuen Kriegspläne in China entschlossenste Verwahrung einzulegen. Eine Ausschaltung des Reichstags läßt sich jetzt nicht ermöglichen wie im Sommer des Vorjahres.“ In Deutschland liegt die Entscheidung über die für notwendig befundenen Züge einer politischen Aktion und deren militärische Unterstützung nach Verfassung und Ueberlieferung g l ä n z l i c h e r w e i s e nicht in den Händen einer vielköpfigen Versammlung, über deren Befähigung zur Leitung verwickelter politischer Unternehmungen kaum zweierlei Meinungen möglich sind. Der Reichstag hat sich mit den Grundzügen der China gegenüber zu beobachtenden Politik einverstanden erklärt und die dafür geforderten Mittel bewilligt. Ein Urteil darüber, ob ein in diesem Rahmen liegender Schritt diplomatisch oder militärisch notwendig oder auch nur zweckmäßig ist, vermag die Volksvertretung sich gar nicht zu bilden. Die dem Grafen Walderez zugeschriebene Absicht, eine große Expedition auszurufen, um auf die Chinesen einen Druck auszuüben, würde ohne Zweifel durchaus in jenen Rahmen fallen...“

Genau denselben hochmuthigen Ton schlägt eine Berliner Korrespondenz des „Hamb. Korresp.“ an. Nachdem sie gegenüber den kläglichen Vertuschungsversuchen wadelsträmpferischer Blätter trocken konstatiert hat, daß die Frage der Bestrafungen doch noch

nicht so ganz geregelt sei und daß man im Falle fernerer Winkelzüge des Hofes schließlich doch nicht um die Expeditionen herumkommen werde, erklärt sie mit geringfügigem Hohn, daß selbst in diesem Fall „der Reichstag die geringste Reizung haben würde, sich unter Debel's Vorsitz als Reichskriegsrat aufzuwerfen.“

Diese unverkennbar offiziös inspirierten konformen Erklärungen der beiden Blätter sind die Antwort auf die Entrüstung über dem Plan, durch lärmende Rüstungen, durch die Androhung eines regulären Feldzugs gegen China, den ganzen ostasiatischen Konfliktstoff von neuem aufzurütteln.

Die Bedenken gegen diese Politik der Provokation, die das ostasiatische Abenteuer im günstigsten Fall ins Unabsehbare verlängern müßte, sind Possen.

In demselben Augenblick, wo man dem Bundesrat eine neue Chinaforderung in der Höhe von 100 Millionen zugehen läßt, erklärt man in aller Gemütsruhe, daß der Reichstag zum Glück in diese Abenteuerpolitik nichts beizuzureichen habe. Sein einziges Recht, die einander auf dem Fuße folgenden Hundertmillionen-Anleihen zu bewilligen, habe er ja ausgeübt und von diesem Rechte Gebrauch zu machen werde man ihm ja auch ferner gnädigst gestatten.

Daß die Offiziösen die Willensstundegebung des Volks als harmlose Possen bezeichnen, hat freilich unsere famose Volksvertretung durch ihre unerdlose Indemnitätsposse selbst ver schuldet. Und das liberale Angstphibistertum, das sich jetzt wieder die Schlafmütze tief über die Augen zieht, um nur ja die Wetterwolken, die sich gefährlicher als je im Osten aufstürmen, nicht sehen zu müssen, giebt den Offiziösen ja das ausgiebigste Recht, von Possen zu sprechen. Possen in der That! Dem Falschling folgt aber der Aßhermittwoch.

Deutsches Reich.

Der Kampf um's Brot.

Die Zollkriegsdrohung der Petersburger Handels- und Industriezettelung“ bereitet der agrarischen und hochschulzönerischen Presse schweres Ungemach. Einige Blätter wollen die schnelle und ausführliche Uebermittlung des Artikels durch das offiziöse Telegraphen-Bureau sogar auf den Wunsch des deutschen Reichsanzlers zurückführen, sich gegenüber dem agrarischen Drängen einen Rückhalt zu schaffen. Dieses Willwäutchen der Agrarier trotz der Erklärung des Reichsanzlers, daß für die Landwirtschaft sein Herz besonders warm schlage, ist um so komischer, da der Artikel des russischen Blatts voll spitziger Ironie gegen den Grafen Sillow ist. Andere Blätter sehen in der Verbreitung des unangenehmen Warnungsartikels, dessen Unterschlagung sie gemütsch hätten, eine Intrigue der Zollerböhrungsgegner. Das „Volksche Telegraphen-Bureau“ stellt demgegenüber heute „in eigener Sache“ fest, daß ihm der Anzug des Artikels von der „Russ. Telegr.-Agentur“ in Petersburg ohne irgend welchen Auftrag von seiner Seite telegraphiert worden sei und daß es geglaubt haben würde, sich berechtigten Vorwürfen der großen Mehrzahl seiner Abonnenten auszuweichen, wenn es eine solche Kundgebung unterdrückt hätte.“

Eine bemerkenswerte Erklärung jenes Petersburger Artikels hat der Attaché für handelspolitische Angelegenheiten bei der Berliner russischen Botschaft, Geh. Staatsrat v. Limirjajew, gegeben. Er äußert:

„Der Artikel, der zugleich auch im amtlichen Organ des russischen Finanzministers gestanden habe, stamme zweifellos von Herrn Witte, dem russischen Finanzminister, selbst her. Der Beweggrund des russischen Finanzministers zur Veröffentlichung des Artikels sei gewesen, der Meldung der deutschen, namentlich der agrarischen Presse entgegenzutreten, als sei für eine Erhöhung der deutschen Getreidezölle bereits mit Rußland eine Basis gefunden worden. Der unter der Aera Caprivi zu Stande gekommene, jetzt gültige Vertrag sei gut gewesen für beide Teile; vielleicht sei er in den Einzelheiten verbesserungsbedürftig gewesen, im großen und ganzen habe er sicher beide Teile befriedigt. Jener Vertrag aber sei geschlossen auf der Basis der Herabminderung der vorher bestehenden Zölle auf russisches Getreide, und wenn jetzt diese Basis genommen werde, so stünde man beiderseits einer ganz neuen Situation gegenüber, die nicht gerade zum Zollkrieg führen müsse, aber zu einer vertragslosen Aera führen könnte, die nicht viel besser sein werde, als ein Zollkrieg. Es handele sich übrigens nicht nur um die Getreidezölle, sondern auch die Vieh-, Fleisch- und Getreidezufuhr. Die Auslassung des russischen Finanzministers mache nicht, wie dies in vielen deutschen Blättern, so namentlich in den „Berl. R. Nrh.“ betont werde, an Deutschland Vorwürfe, sie stelle uns die Situation dar, wie sie sich gestalten könnte.“

Ueber den Stand der Vorbereitungsarbeiten für das Zolltarifgesetz teilt die „Zeitschrift f. d. ges. Textilindustrie“ mit, daß der Tarif nebst Begründung in wenigen Tagen im Reichschatzamt fertiggestellt sein werde. Eine frühzeitige Einbringung in den Reichstag sei wenig wahrscheinlich, in dieser Session werde er aber sicher noch eingebracht werden. Die Begründung des Zolltarifs im Reichschatzamt nehme 600 gedruckte Seiten Großfolio ein, davon entfallen auf die Textilindustrie 100 Seiten. Die Spezifizierung der Textilartikel sei weitgehend, und die Fehler, die zum Beispiel bei Ausfüllung des Zolltarifs von 1891 gegenüber der Schweiz und Belgien gemacht wurden, seien vermieden worden. Die einzelnen Sätze für Textilartikel werden im neuen Zolltarif teils erhöht, teils aber auch erniedrigt und teils unverändert bleiben.

Die „Kölnische Volkszeitung“ vom 20. Februar betrachtet es als eine „sonderbare Erscheinung“, daß die Vertreter der Sozialdemokratie in der Budgetkommission bei Beratung des Militäretats so zurückhaltend seien, sich selten an der Diskussion beteiligten und nie Anträge auf Abkürzungen, obgleich es sich um Ausgaben von Hunderten von Millionen handle. Der Schreiber jener Zeilen scheint im parlamentarischen Leben noch ein Gränling zu sein, sonst würde er sich über dieses Verhalten der sozialdemokratischen Abgeordneten gegenüber dem Militäretat nicht wundern. Die jetzige Taktik der Vertreter unserer Partei unterscheidet sich in nichts von der früher beobachteten Taktik. Die Sozialdemokratie lehnt den Etat pure ab und hat deshalb keine Veranlassung, Abänderungsanträge zu stellen. Sieht sie eine der bürgerlichen Parteien veranlaßt, Erwidigungen zu beantragen, so unterstützt die Partei diese Anträge bei der Abstimmung. Das Wort zu ihrer Verteidigung übernimmt sie nicht.

Dieselbe Taktik wie in der Kommission, beobachtet die Partei im Plenum; man wird auch der ganzen parlamentarischen Tätigkeit der Partei nicht ein Beispiel anführen können, daß sie bei Beratung des Militäretats oder Marine-Etats sich zu Anträgen auf Abkürzungen herbeigelassen habe, sie lehnte die Etats Posten für Posten ab. Damit fallen auch alle sonstigen Spekulationen, welche die „Köln. Volkszeitung“ an das Verhalten der Sozialdemokratie in der Budgetkommission knüpft.

Auf bedeutliche Weise feiert das Roffe-Blatt den Grafen Waldersee. Das Blatt insinuiert allen Erstes dem Generalissimus, daß er eine geräuschvolle Expeditionskomodie nur deshalb inszeniert habe, um den Chinesen Furcht einzujagen. Und dieser Scherz sei denn auch überaus glücklich. Schildere doch die „St. James Gazette“ die lustige Wirkung des Scherzes folgendermaßen:

Der deutsche Gesandte, Dr. Rumm, sprach bei Li-Hung-Tschang und Prinz Tsching vor und verließ beide, daß Feldmarschall Graf Waldersee am 28. Februar mit einer Armee nach Tientsin aufbrechen werde. In heillosen Schrecken liefen die beiden Friedensbevollmächtigten zum Telegraphenamts und berichteten der Kaiserin-Witwe. . . . Später sprach der britische Gesandte vor und erwähnte, daß seine Regierung des Wartens müde sei, und daß die britischen Truppen vor Verlangen stünden, nach dem Innern des chinesischen Reichs marschieren zu dürfen. Das Resultat war, daß die beiden Vielgeplagten wieder in aller Eile nach dem Telegraphenamts liefen, während die langen Höfe auf ihrem Rücken flott benetzt dazu tanzen. . . . Es währte nicht lange, da sprach nun auch noch der japanische Regierungsvorsteher vor. Wieder dieselbe Galt und ein weiteres beschleunigendes Telegramm.

Daß das Roffe-Blatt dies lustige Anekdöthen, das vielleicht sogar satirisch gemeint ist, seinen Lesern ganz ernsthaft aufschlägt, ist ja nicht weiter verwunderlich. Aber daß es den deutschen Oberkommandierenden in der Post eine derartige Rolle zutraut, ist eine sehr zweifelhafte Sache. Das hat Waldersee denn doch nicht verdient, daß man ihn für so naiv hält, die geriebenen chinesischen Diplomaten für solche Anwandlungen zu halten.

Der widerliche Janz um die „Voger“-Äpfel wird allmählich selbst den Leuten zu arg, denen sonst der Weltmacht-Stöcker alle Sinne benebelt hatte. Daß kürzlich die „Kreuz-Zeitung“ eingestand, daß es ihrem unmaßgeblichen Unterthanenverstand nicht einleuchtend war, daß nun absolut so und so viele Äpfel abgehoben werden müßten, was zwar bei einem konservativen Blatte immerhin bemerkenswert, wenigstens ja unsere Junken die neue Wode der Liebespolitik von allem Anfang an nur im Interesse ihrer Brotwucherpläne mitgemacht haben. Aber daß jetzt selbst das seit Beginn der glorreichen China-Kreuzfahrt in „patriotischen“ Delirien liegende „Kleine Journal“ das Feilschen um die Voger-Äpfel als „barbarische Sühne“ bezeichnet und darüber sagt, daß dadurch „die im voraus zielgerichte Kulturmission der europäischen Mächte in einem recht bedenklichen Lichte“ erscheine, das verdient nicht nur der Kuriosität wegen erwähnt zu werden. Wenn selbst in ein durch beständige byzantinische Finessenerei aus den Fugen gegangenes Hirn noch ein solcher Lichtstrahl fällt, muß es in der That um die chinesische Kulturmission“ trostlos ausgehen.

Eine solche Art der Kriegsführung und Friedensbilligung ist freilich auch seit vielen Jahrhunderten nicht mehr erböt gewesen. Man denke sich, daß Napoleon nach Jena und Austerlitz die Köpfe der preussischen Generale und Staatsmänner gefordert hätte. Oder daß die Engländer Cronje und den anderen Boerenkommandanten hätten den Kopf abschlagen lassen!

Originelle Boerenbegeisterung. Die „Berliner Neuesten Nachrichten“ entfachen die Boerenbegeisterung durch die Veröffentlichung eines „temperamentvollen Zeitgedichts“ zur hohen Flamme. Die beiden letzten Strophen des gutgemeinten Poems lauten:

Verföhrt euch dem Teufel um Silber und Gold,
Wir machen die Rechnung auf blutigem Brett,
So hat euch geschworen Christian De Wet.

Wir folgen dem Schwur, und wir bleiben im Feld,
Auch wenn uns im Stich läßt die ganze Welt;
Wir bauen auf Gott und auf unsren Kornet,
Es leb' unser Hauptmann Christian De Wet!

Der Haupt-Aktionär der „Berl. Neuesten Nachr.“ ist bekanntlich der Kanonenkönig Krupp. Herr v. Krupp verfährt nun zwar nicht dem Teufel um Silber und Gold seine Seele, wohl aber hat er jüngst öffentlich erklärt, den Engländern zur Niederwerfung der Boeren jedes gewünschte Quantum von Geschützen und Munition liefern zu wollen!

Gendarmen als Schulinspektoren. Aus dem hannoverschen Kreise Bremervörde wird berichtet, daß dort die Gendarmen angewiesen worden seien, in allen Ortschaften des Kreises nachzuforschen, ob die Lehrer auch das 200jährige Jubiläum des Königreichs Preußen in den Schulen ordnungsgemäß gefeiert haben.

Warum hat man die Schullehrer nicht gleich polizeilich überwachen lassen?

Befästigung der Humenbrüste.

Was die Humenbrüste Schlimmes und Abscheuliches berichten, wird mehr und mehr jetzt auch von Zeitungskorrespondenten befestigt, die sich Unbesonnenheit genug bewahrt haben, um die Lügen und Beschönigungen der khalbi-Patrioten nicht mitzumachen. Der recht „national“ gekannte Kriegsberichterstatter der „Frankfurter Jtg.“ schreibt unter dem 24. Dezember aus Tientsin:

„Die Expedition von Schanghai nach Peking läßt sich, was die militärischen Ereignisse anbetrifft, ganz kurz abmachen. Die Truppe traf vor wenigen Tagen, nach dreißigwärtigen Marschtagen, munter und frisch in Peking ein, wo sie vom Grafen Waldersee empfangen wurde. Man redet in Tientsin und Peking von großen Schätzen an gemünztem und ungemünztem Silber, die von dieser Truppe mitgebracht sein sollen, doch werden diese Gerüchte sichtlich wieder übertrieben sein, abgesehen davon, daß — wie ich wiederhole — es sehr schwierig sein möchte, die Berechtigung der Ausbringung großer Geldsummen aus völlig friedfertigen Ortschaften auch nur einigermaßen befriedigend zu erklären. Ich hörte neulich einen russischen Offizier während des Mittagessens einem französischen Kameraden gegenüber äußern: „Die Deutschen ärgern sich, daß sie in Tientsin und Peking nicht mitgeplündert haben, und deshalb plündern sie jetzt die Boeren.“ Man sollte sich doch hüten, den lieben russischen Dolmetschern auch nur den geringsten Anlaß zu geben, uns mit ihnen auf gleiche Stufe zu stellen. Es würde ein unverhältnißvoller Schandfleck für unsere Arme sein, wenn uns die

Russen nachweisen könnten, daß auch wir „looten“. Die französische Regierung hat durch die Beschlagnahme von vierzig in Marseille ankommender Beutekästen deutlich zu erkennen gegeben, daß sie das Beutemachen von ihrem Heere nicht duldet; es untersteht wohl keinem Zweifel, daß die deutsche Regierung in dieser Beziehung nicht weniger gründlich eingreifen würde, falls Ungehöriges vorgekommen sein sollte. Daß die von unserer Expedition berührten Ortschaften durch das augenblickliche Verhalten der Bevölkerung nicht den geringsten Anlaß zu schroffem Vorgehen boten, geht wohl daraus hervor, daß die Soldaten das Entgegengeworfene der Bevölkerung lobten, und besonders die reichliche Verpflegung anerkennen. Leider ist die Bevölkerung des durchgezogenen Distrikts mit dem von den Soldaten bewiesenen Entgegengeworfene nicht gleichwohl zufrieden, wie das nachfolgende beweist.

Vor etwa acht Tagen hat mich ein bei Europäern wie Chinesen gleicher Achtung sich erfreuender Deutscher, der früher in chinesischen Staatsdiensten stand, schriftlich, ihn doch aufzusuchen, da ein „chinesischer Freund“ ihm bedeutsame Mitteilungen gemacht habe. Der „chinesische Freund“ machte auf mich den Eindruck eines hochintelligenten Mannes, der, nebenbei bemerkt, geläufig deutsch sprach, so daß ich einen Augenblick lang argwöhnte, es vielleicht mit einem Chinesen zu thun zu haben, der früher in Deutschland militärische Studien machte. Das war aber nicht der Fall. Er berichtete über das Verhalten der deutschen Expedition auf dem Durchmarsch durch die Distrikthauptstadt Fongghun etwa folgendes: Auf die Nachricht von dem Anmarsch des deutschen Bataillons habe der Mandarin auf seinen, des Berichterstatters Rat, alle für die Soldaten bestimmten Räume neu tapezieren und die Kango (steinerne Betten) mit neuen Mattendecken belegen lassen. Außerdem habe der Mandarin 4 Oesen, 20 Ziegen, 3000 Eier und viel Obst für die Truppen besorgen und ein Empfangsessen vorbereiten lassen. Die Nachricht, daß der Ort Fongghun an die durchziehende Expedition 7000 Taels habe zahlen müssen, sei den Einwohnern von Fongghun unglaublich erschienen, da der genannte Ort arm sei und überdies nichts verschuldet habe. (Hier muß meines Erachtens unbedingt ein Irrtum vorliegen, da der Ort Fongghun so weit südlich der Linie Schanghai-Tientsin liegt, daß eine Verführung desselben durch die von Schanghai kommende Expedition kaum wahrscheinlich erscheint. Wohl wäre es aber möglich, daß ein mit der Schanghai-Expedition gleichzeitig von Tientsin, quasi als Flankenschutz auf mehrere Tage nach Norden vorgeschobenes Bataillon den genannten Ort erreichte.) Der Mandarin von Fongghun habe nun, so erzählte der chinesische Gewährsmann weiter, seinerlei Versicherungen gegeben, daß man Fongghun eine Geldlieferung auferlegen werde, da die Bevölkerung dieses Ortes sich während der Boerenkämpfe bewaffnet und den Boeren erfolgreich Widerstand geleistet, auch viele dieser Uebelthäter hingerichtet habe. Gleichwohl habe der Führer des Expeditionscorps dem ihn begrüßenden Mandarin befohlen, sofort 20 000 Taels aufzubringen, da er seine Truppen bis zur Zahlung dieser Summe in der Stadt lassen werde. In einer derartigen Leistung sei die Stadt nicht in der Lage gewesen und so habe man sich von seiten des Militärs schließlich mit der bescheidenen Summe von 530 Taels begnügt.

Während der Korrespondent diese Geldbeschaffungs-Politik noch zu rechtfertigen versucht, so vermag er eine zweite schwerere Verschuldigung nicht zu rechtfertigen:

Der chinesische Gewährsmann versicherte nämlich auf das Positivste, daß die Soldaten Frauen und Mädchen vergewaltigt hätten. Ich fragte einen Herrn vom Kriegsgericht, ob er so etwas von deutschen Soldaten für möglich halte, und erhielt leider eine bejahende Antwort. Der Herr äußerte sich sehr bitter über einen Teil der deutschen Reservisten, die zum Teil als Abenteurer nach China gegangen seien, ohne jedes höhere Interesse. Von Offiziersseite wurde mir dies ebenfalls bestätigt, mit dem Hinzufügen, daß diese Leute auch die Disziplin bedenklich gefährdeten. Höchst erquicklicher Weise geht man gegen diese Soldatenorte auf das energischste vor, und zwar ist dies in erster Linie dem Corpskommandeur General von Lefel zu danken, der nicht müde wird, alle Auswüchse bis in die Wurzeln zu verfolgen.

Diese Mitteilung über die Ausschreitungen eines Teils der deutschen Reservisten stimmt schmerzhaft nicht mit der Erklärung des preussischen Kriegsministers, daß nur drei Fälle von kriegsgerichtlicher Bestrafung zu verzeichnen gewesen seien. Andererseits werden durch die möglichst schonend gehaltenen Andeutungen des korrespondierenden Schilderungen der Humenbriefe völlig beglaubigt. So anerkennt wenigstens es auch ist, daß die militärische Leistung gegen derartige Ortschaften einsehret, so sind diese Ortschaften selbst keineswegs verwunderlich, wenn man bedenkt, mit welchen Vorstellungen über China und die gelben Bestien die Schakaleute allein von der deutschen „nationalen“ Presse genährt worden sind.

Der Boeren-Krieg.

De Wet

wird von Oberst Plumer noch immer erfolglos verfolgt. Seine Streitmacht marschirt in verschiedenen Kolonnen und beabsichtigt offenbar (s) in Griqualand-West einzurücken. Plumer marschirt dicht dahinter. Heryog mit der im Westen in die Kolonie eingedrungenen Abteilung marschirt nach derselben Richtung.

Ein Gefecht Methuens.

Lord Kitchener meldet aus Alexanderdorp: Lord Methuens Abteilung ist hier einmarschirt, nachdem er das Land über Wolmaranstad hinaus aufgefährt hat. Bei Gaarkeboesfontein stieß er auf 1400 Boeren unter den Generalen de Villiers und Liebenberg. Die Boeren leisteten in einer starken Stellung hartnäckigen Widerstand, wurden aber nach heftigen Kämpfen aus ihrer Stellung geworfen. Ihre Verluste betragen 3 Offiziere, 13 Mann tot, 5 Offiziere, 29 Mann verwundet. Die Boeren hatten angeblich schwere Verluste; sie ließen 18 Tote zurück.

Erweiteter Bahnzug.

Am 19. Februar zerstörten die Boeren einen Bahndurchlaß bei Klipdrizer. Sie erbeuteten dort ferner auf einem Eisenbahnzug eine Ladung Lebensmittel, stießen die Wagen des Zugs, nachdem sie dieselben umgestürzt geleert hatten, in Brand und zogen dann ab.

Die Post.

In Kapstadt sind am 21. Februar zwei neue Postfässer unter den Weihen festgesetzt worden.

Abgeordneterhaus.

88. Sitzung vom 22. Februar 1901, 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Thielens.
Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung des Etats der Bauverwaltung.

Die Einnahmen werden nach unerheblicher Debatte bewilligt. Bei den Ausgaben bringt

Abg. Goldschmidt (fr. Sp.)

die Verlängerung der Konzession der Großen Berliner Straßenbahn-Gesellschaft durch den Minister bis zum Jahre 1919, also über die

Dauer des Vertrags der Gesellschaft mit der Stadt Berlin hinaus zur Sprache. Wie kommt der Minister zu einer so auffälligen Maßnahme, die in direktem Widerspruch zu den Beschlüssen der Gesellschaft hat, selber bei dem Vertragsabschluss mit der Stadt Berlin keine längere Konzessionsdauer verlangt. Wie ungewöhnlich zupackende Behandlung der Großen Berliner fällt zeitlich zusammen mit dem Eintritt des Ministerialdirektors Wiede in die Direktion der Gesellschaft. Ich ersuche den Minister, seine so großes Aufsehen erregende Maßnahme hier zu rechtfertigen.

Minister v. Thielens:

Ich habe die Konzessionsverlängerung auf Grund des Kleinbahn-Gesetzes eintreten lassen und war vollkommen besorgt dazu; von einer Gesetzesverletzung kann nicht gesprochen werden. Die Verlängerung ist erfolgt, um der Großen Berliner Straßenbahn-Gesellschaft Gelegenheit zu geben, den Anforderungen des steigenden Verkehrs auszureichen zu entsprechen, wozu sie nicht im stande gewesen wäre, wenn die Konzessionsdauer so bemessen worden wäre wie im Vertrag mit der Stadt Berlin. Die Befugnis zur Konzessionsverlängerung ist dem Minister der öffentlichen Arbeiten durch das Kleinbahn-Gesetz erteilt worden, ohne daß von irgend einer Seite hier im Hause Widerspruch erfolgt wäre. Der Eintritt Wiedes in die Verwaltung der Gesellschaft hat mit der Konzessionsverlängerung nicht das allermindeste zu thun. Wenn Herr Wiede als Direktor der Gesellschaft sich der Konzessionsverlängerung in sehr eifriger Weise angenommen hat, so hat er damit nur seine Pflicht getan.

Abg. Freiherr v. Jedlich (fr.)

sucht aus den §§ 6 und 7 des Kleinbahn-Gesetzes den Nachweis zu führen, daß der Minister durchaus im Rahmen seiner Zuständigkeit gehandelt habe. Ueber die Dauer eines Konzessionspächters Unternehmens hat ausschließlich die Staatsbehörde zu entscheiden. Die Konzessionsdauer liegt also im pflichtmäßigen Ermessen der Staatsbehörde, und es ist selbstverständlich, daß ein Unternehmen nur auf eine solche Dauer genehmigt werden kann, die seine wirtschaftliche Existenzfähigkeit ermöglicht. Aus diesem Umstande folgern Juristen, daß eine strikte Beschränkung der Konzessionsdauer durch Vertrag zwischen Gemeinde und Straßenbahn unzulässig und rechtswirksam sei. Das mag dahingestellt sein; jedenfalls wird durch das Zustimmungsgesetz der Gemeinde nicht das Recht des Ministers, die Konzession festzusetzen, verläßert. (Widerspruch still.) Wenn die Herren Juristen der Stadt Berlin anders sagen, so haben sie unrecht. Sie haben vielfach unrecht. Die Rechtslage ist die, daß die Gesellschaft durch den Minister eine Konzession auf 50 Jahre erhalten hat, daß aber im Jahre 1917 die Straßenbahn-Gesellschaft die Pflicht hat, die Zustimmung der Gemeinde herbeizuführen oder durch die Behörde ergänzen zu lassen. Das letztere würde ja sehr mißsam sein, und da beide Parteien auf die Behörde angewiesen sind, hoffe ich, daß es vorher zu einer Verständigung zwischen der Gesellschaft und der Stadt kommen wird. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Friedeberg (natl.):

Mit der Erklärung des Ministers, daß er innerhalb der gesetzlichen Schranken geblieben sei, scheint uns die Sache nicht erledigt zu sein. Die Verlängerung der Konzessionsdauer ist von der Straßenbahn-Gesellschaft ja nicht einmal verlangt worden. Ich bedauere, daß durch die Entscheidung des Ministers die Möglichkeit für die Stadt, den Straßenbahnbetrieb in eigene Regie zu nehmen, auf so lange Zeit hinausgeschoben worden ist.

Minister v. Thielens

verteidigt nochmals seine Entscheidung. Die Konzessionsverlängerung wurde in einem Augenblick nachgedacht, als der elektrische Betrieb unter Anwendung großer Mittel hier in Berlin eingeführt werden sollte. Gerade mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse der Hauptstadt mußte dafür gesorgt werden, daß die Anlagen, die die Gesellschaft traf, sich auch amortisieren konnten. Zudem wurden ihre Bedingungen aufgelegt, die Anwendung eines bestimmten Systems, bestimmter Wagen, die Führung besonderer Linien, daß der Gesellschaft hierfür eine gewisse Entschädigung in der Konzessionsverlängerung gewährt werden mußte.

Abg. Dr. Raugherand (fr. Sp.):

Im Gesetz steht nichts von dem Recht des Ministers zur Konzessionsverlängerung, und in den Ausführungsbestimmungen zum Gesetz findet sich allein der Punkt, daß die Konzession so lange zu gewähren ist, daß dem Unternehmen die Möglichkeit einer entgeltlichen Amortisation gewährleistet wird. Das Gesetz über die Kleinbahnen ist außerordentlich schlecht und verbesserungsbedürftig. Auf jeden Fall hat der Minister die Kläne Berlins durchkreuzt. Die Stadt ist unmittelbar im Begriff, neue Bahnen anzulegen, damit nicht die Große Berliner Straßenbahn-Gesellschaft alles beherrscht. Einer so großen Stadt gegenüber war die Art der Behandlung, die der Minister in dieser Frage eingeschlagen hat, nicht richtig. Eine Gesellschaft, die einen Kontrakt mit der Stadt abgeschlossen hatte und nun unter Uebergehung der Stadt sich direkt an den Minister wandte, um bestimmte Vorrechte zu erlangen, hat wirklich keinen Anspruch, so freigiebig behandelt zu werden. Die Gesellschaft steht so glänzend da und zahlt so hohe Dividenden, daß sie in der Zeit bis 1917 die Kosten der Erneuerung längst zurückhalten wird. Ich vermute nicht, wie ein preussischer Minister hinter dem Rücken der Hauptstadt der Gesellschaft nicht Vorrechte zuschanden konnte. Erst durch die Zeitungen hat die Stadt Berlin von dem ganzen Handel erfahren. Das ist außerordentlich traurig. (Lebhafter Beifall links.)

Minister v. Thielens:

Ich halte dem Vorredner entgegen, daß ich mich in den Vertrag zwischen der Gesellschaft und der Stadt Berlin garnicht hineinmischen habe, er geht mich auch nichts an. Er tritt erst in die Erwägung, wenn die ursprüngliche Konzessionsdauer abgelaufen ist. Zur Zeit als die Konzessionsverlängerung von der Gesellschaft nachgefordert wurde, war von der Absicht der Stadt, ihrerseits die Straßenbahnlilien zu betreiben, garnicht die Rede. Erst als die Verlängerung erfolgt war, ist mir von dieser Absicht der Stadt Kenntnis geworden; daß ich die Absicht gehabt hätte, die Interessen der Stadt zu schädigen, davon kann nicht die Rede sein.

Abg. Goldschmidt (fr. Sp.):

Der Minister ist die Antwort auf die Frage schuldig geblieben, weshalb er über den Kopf Berlins hinweg die Konzession verlängert hat. Etwas anderes wäre es gewesen, wenn die Gesellschaft sich erst an die Stadt gewandt hätte, um die Verlängerung der Konzession zu erhalten und zurückgewiesen dann den Minister zu Hilfe gerufen hätte. Die Bevölkerung Berlins fiel geradezu aus den Wolken, als man erfuhr, daß der Minister die Konzession bis 1919 verlängert habe. Wir wollen nur wünschen, daß 1917 ein anders gearteter Minister an Stelle des Herrn v. Thielens tritt. Wenn der Herr Minister die Absicht gehabt hat, die Berliner Bevölkerung zu verlegen, dann ist ihm diese Absicht sehr gut gelungen. Für sein Vorgehen hat die Berliner Bevölkerung absolut kein Verständnis. So verfährt man nicht mit Berlin, so verfährt man nicht einmal mit Posenauel. (Bravo! links.)

Damit schließt die Diskussion.

Die Ausgaben werden bewilligt, ebenso der Rest des Etats.
Nächste Sitzung: Sonnabend, 11 Uhr. Etat der Eisenbahnverwaltung.
Schluß 5 Uhr.

Parlamentarisches.

Budget-Kommission.

Freitagssitzung. Eine Anregung des Abg. Gröber (C.) in Bezug auf die Verstellung einer Militär-Rechnungs-Staatsbil wird von der Regierung dahin beantwortet, daß dieselbe bereits in der Ausführung begriffen sei und seiner Zeit dem Reichstag vorgelegt werde. Auf die Frage des Referenten über den Preis der Maschinengewehre wurde erwidert, daß ein solches auf 14 000 M. zu stehen kommt, wovon das eigentliche Gewicht 5000, die Laffete 9000 M. kostet. Abg. Speck (C.) fragt an, unter

welchen Umständen ein früherer Oberst als Direktor in den Dienst des Rings der Munitionsfabrikanten getreten sei, und ob nicht die Gefahr bestehe, daß derselbe seine im aktiven Dienst erworbenen Kenntnisse in seiner jetzigen Stellung benutze. Der Kriegsminister erklärt, daß dergleichen bei dem genannten Offizier ausgeschlossen erscheine. Im übrigen sei er gegen die Eingebildung, in welcher er nach jeder Richtung — nicht nur nach der finanziellen — einen Nachteil für die Militärverwaltung erblicke.

Damit sind die sämtlichen dauernden Ausgaben bewilligt. Bei den „einmaligen“ Ausgaben entstehen bei den nachfolgenden Punkten Dispositionen.

Bei Erörterung der Forderungen für den Truppenübungsplatz Wahn teilt der Kriegsminister mit, daß die Typhusepidemie auf dem Truppenübungsplatz Elsteth durch den Genuß roher Milch herbeigeführt worden sei. Bei demselben Titel werden 20 000 M. für Vanleitung abgesetzt. Für Gera wird der Platz zu einem Kasernenbau gefordert mit 264 000 M. Abg. Müller-Fulda (C.) beantragte mit Rücksicht auf die Höhe der Grund- und Bodenpreise die Forderung zu streichen, wie auch beschlossen wurde. Für den Kasernenbau in Glatz werden 88 700 M. gestrichen. Die für Reiterbau geforderte Kavallerie-Kaserne soll in Rosenberg gebaut werden. — Beim Titel 118 „Geräte-Reparatur und Ergänzung“ werden 150 000 M. gestrichen. Bei Titel 118, Erwerb eines Truppenübungsplatzes für das 11. Armecorps (Prov. Sachsen) für im ganzen 9 000 000 M. werden als erste Rate 1 000 000 M. gefordert. Abg. Eichhoff (fr. Sp.) beantragt, die Position abzusehen und sich in Rücksicht auf einen passenden Platz umzusehen. Der Antrag Eichhoff wird einstimmig angenommen. Bei Titel 128, Verbesserungsbauten in Garnisonlagern Trier, werden mit Rücksicht auf eine bessere Lage für einen Neubau 60 000 M. gestrichen. Bei Titel 145 werden von 32 000 M. 12 000 M. abgesetzt in Konsequenz früherer Beschlüsse. Ähnliches geschieht bei Titel 147 und 149. Bei Titel 177, Dienstwohngebäude für Gutsvorsteher, Distriktsvorsteher und Küster werden die geforderten 70 000 M. zu teuer gefunden und deshalb gestrichen. Unter Titel 193: Kasernenbau für Weh werden im ganzen 8 800 000 M. und als erste Rate 600 000 M. gefordert für Baracken. Die Forderung wurde anfangs beantragt, dann aber wurden nach den Ausführungen der Militärverwaltung und nach einer redaktionellen Aenderung der Disposition 400 000 M. bewilligt. Der Truppenübungsplatz für das 15. Armecorps, Elb-Lothringen (Titel 197) soll nach Abzug der Einnahmen aus den Holzbeständen (3 000 000 M. Taxe) noch 9 000 000 M. kosten. Gefordert werden als zweite Rate 2 600 000 M. Ein Antrag, 3 000 000 M. von der geforderten Summe zu streichen, fand Aufnahme. Unter Titel 215, Aufgabe der Stadtmwallung in Ulm, werden 1 000 000 M. gefordert als Voranschlag auf das für 4 500 000 M. an die Stadt- und Eisenbahn-Verwaltung zu verkaufende Festungsgelände. Abg. Gröber (C.) beantragt, die in Aussicht stehende Einnahme aus dem Gelände nur auf 3 500 000 M. anzulegen, da die Stadt durch den Verkauf beschwert sei. Der Kriegsminister ist überaus durch die gehörigen Mittelungen, Württemberg und das Reich hätten sich über den Verkauf verständigt, auch habe er vom Stadtoberhaupt Ulm keine besonderen Beschwerden gehört. Die Frage müßte erst geklärt werden, ob Aenderung eintrete. Geh. Rat Herz macht auf die Konsequenzen aufmerksam, da noch eine ganze Reihe Städte, die ähnliche Forderungen stellen könnten, in Frage kämen. Wegen Ulm sei sehr entgegenkommend verfahren worden. Mit Hinweis auf die Erklärung des Kriegsministers, die Angelegenheit nochmals zu prüfen, wird beschlossen, diesen Punkt bis zur dritten Lesung im Plenum ruhen zu lassen. Die Position selbst wird angenommen. Ebenso werden die unter Kap. 12, Tit. 3 geforderten 15 Millionen für Festungsanlagen bewilligt.

Partei-Nachrichten.

Protest der französischen Socialdemokratie gegen den chinesischen Kreuzzug. Das Generalkomitee der socialistischen Partei Frankreichs veröffentlicht soeben ein Manifest, das sich in energischer Weise gegen den Krieg in China ausspricht und die Einstellung der Feindseligkeiten fordert. Das Manifest verweist auf eine Rede des Genossen Bebel im Reichstage, in der nachgewiesen wurde, daß die europäischen Großmächte die alleinige Schuld an den chinesischen Wirren tragen. Deutschland habe 1897 Kiao-schow besetzt, Rußland habe Port Arthur genommen, England und Frankreich haben sich im gleichen Jahre Behauptung bezw. Konang-Tschou-Luan bemächtigt. Der Fremdenhoh der Chinesen sei die Folge dieser Verletzungen des Völkerrechts. Im weiteren schildert das Manifest die Plünderungen und Bluttaten der Zivilisatoren in China und fordert, daß die französischen Truppen abberufen werden.

Politikales, Gerichtliches usw.

— Wegen Jugendverweigerung in einem Disziplinarverfahren gegen Unkelmann war bekanntlich Genosse Thielhorn in Hannover zu 100 M. Geldstrafe verurteilt worden. Seine dagegen eingelegte Weisung wurde von der Strafkammer zurückgewiesen. Der Unkelmann ist beschuldigt, dem „Volkswillen“ die Erlasse der Hildesheimer Polizeibehörde anlässlich des Kaiserbesuchs ausgeliefert zu haben.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Ein Tarifstreit der Militäreffekten-Sattler

beschäftigte am Freitag das Einigungsamt unter dem Vorsitz des Gewerbegerichts-Direktors v. Schulz. Der vorjährige Streit der Militäreffekten-Sattler endete bekanntlich mit der beiderseitigen Anerkennung eines vor dem Einigungsamt festgelegten Accord-Vertrages. Gegenwärtig werden bei den hiesigen Fabrikanten Ausstattungsgegenstände ganz neuer Art für die nach China entsandten Truppen angefertigt.

Die Arbeiter haben für diese Gegenstände besonders, von dem Tarif abweichende Lohnforderungen gestellt. Die Firma Loh & Söhne hat diese Forderungen auch bewilligt, während die Firmen Wunderlich und Coban dieselben nicht anerkennen wollen. Die Vertreter dieser beiden Firmen verhandelten deshalb mit den Vertretern der Arbeiter vor dem Einigungsamt. Die beiden Fabrikanten behaupten, die Arbeiter hätten, indem sie für die neuen Ausstattungsgegenstände besonders hohe Forderungen stellten, den Tarif vom vorigen Jahre durchbrochen, die Arbeiter setzten voraus, daß die neue Ausrüstung, nachdem sie in China auf ihre Brauchbarkeit praktisch geprüft worden, für die ganze preussische Armee eingeführt werden solle, und in der Erwartung großer Aufträge wollten die Arbeiter nun die Preise für die neuen Gegenstände in die Höhe treiben, wodurch nur die auswärtige Konkurrenz begünstigt werde. Wenn das Kriegsministerium sehe, daß in Berlin schon wieder ein Streit in Aussicht stehe, dann sei zu befürchten, daß es die neue Arbeit auswärts anfertigen lasse und die Berliner Fabrikanten sowohl wie die Arbeiter das Nachsehen hätten. — Die Vertreter der Arbeiter meinen demgegenüber, für die in Frage stehenden neuen Ausstattungsgegenstände sei im Tarif überhaupt nichts festgelegt. Es handle sich ja um ganz neue Artikel, die überdies, weil sie aus grünem Leder angefertigt werden, mehr Arbeit verursachen, wie die entsprechenden Gegenstände aus schwarzem Leder, und deshalb rechtfertigen sich auch die Forderung einer verhältnismäßigen Lohn-erhöhung. — Die Fabrikanten hatten die vom Kriegsministerium ausgegebenen Modelle der neuen Ausstattungsgegenstände zur Stelle geschickt und dem Einigungsamt vorgelegt. An diesen Modellen wurden die Arbeiten der Sattler eingehend beschrieben, damit das Einigungsamt daraufhin die streitigen Forderungen prüfen könne.

Nach stundenlangen Verhandlungen einigten sich die Parteien auf einen specialisierten Tarif, der den von den Arbeitern gestellten und von der Firma Loh & Söhne bewilligten Forderungen entspricht. Weiter verpflichteten sich die Firmen L. Wunderlich und Franz Coban, das Werk der hiesigen vereinbarten Lohnsätze ebenso

wie die Firma Loh & Söhne vom 11. Februar an zu zahlen. Der am 27. September v. J. vor dem Einigungsamt festgelegte Tarif wird durch die heutigen Vereinbarungen in keiner Weise berührt; dieselben gelten vielmehr nur für die neuen Ausstattungsgegenstände, welche die genannten beiden Firmen übernommen und bis Mitte März fertig zu stellen haben. Die Arbeiter verpflichten sich, eine Erhöhung der Preise bis zur Beendigung der in Rede stehenden Lieferung nicht zu fordern.

Arbeitswilligen-Transport. Bei der Firma Löhle, Charlottenstraße, sehen die Tapezierer im Ausland, weil sich Herr Löhle trotz eigenhändiger Unterschrift unter die Vertragsbedingungen und trotz Schiedsspruch der Richter-Kommission weigert, den tarifmäßigen Lohn zu zahlen. Die Arbeitswilligen, die sich dort eingefunden haben, führen nun ein äußerst angenehmes Dasein.

Damit dieselben nach ihren Aufstellungen tagsüber nicht nach Hause laufen brauchen, stellt die Firma ihnen Möbelwagen zur Verfügung. Donnerstagsabend beobachtete dies ein arbeitsloser Tapezierer und folgte dem Wagen erst zu Fuß, dann per Droschke, deren Kutscher sich unentgeltlich zur Verfügung stellte. Nach langem Kreuz- und Querfahren durch die Charlotten-, Kronen-, Linden-, Schützen-, Markgrafenstraße etc. wurde die Arbeitswilligen-Equipage in der Kommandantenstraße gestellt und nach Aufhebung des heruntergelassenen Seitenrollens der kostbare Inhalt dem stammelnden Publikum gezeigt.

Unter schallendem Gelächter der zahlreichen Arbeiter, die gerade die Straße passierten, setzten sodann die Arbeitswilligen ihre Heimreise per Möbelwagen fort. Hoffentlich ist der Wagen geheizt, damit die Insassen bei der herrschenden Kälte und den vielen Kreuz- und Querfahrten nicht Schaden leiden.

Eine neue Arbeitsordnung, welche die Arbeiter ungünstiger als bisher stellt, verhandelt trotz des zwischen den organisierten Zimmerern und dem Verband der Baugehilfen bestehenden Vertrags einzelne Bestimmungen einzuführen. Die Zimmerer der Vertrauensmänner-Centralisation beschlossen in ihrer letzten Versammlung, die erwähnte Arbeitsordnung nicht zu unterzeichnen.

Deutsches Reich.

Wahltag. Bei der Gewerbegerichts-Wahl in Grünberg in Schlesien wurden die Kandidaten des Gewerkschaftsartikels fast einstimmig gewählt.

Fabrikantenbeleidigung. Bei Gelegenheit eines Streiks in der Weberei Schöpen und der Meer in Hild bei Krefeld hatten die Streikenden ein Flugblatt herausgegeben, in welchem die Bürgerlichkeit über die Ursachen des Streiks informiert wurde.

Im „tolken“ Jahre 1848 hatten die Weber nicht gestreikt, sondern bei der nämlichen Firma die sämtlichen Fabrikgebäude demoliert, und wenn die Inhaber der Firma sich nicht schleunigst in Sicherheit gebracht hätten, so wäre es denselben auch an Hals und Stragen gegangen. Der langverhaltene Grimm gegen die Firma war damals spontan zum Ausdruck gekommen. Diese Episode war in dem Flugblatt mit verwertet worden, um das Gebahren der Firma zu charakterisieren.

Ob solcher Frevelthat rief der Firmeninhaber nach der Staatsanwaltschaft, und diese erhob Anklage wegen öffentlicher Beleidigung gegen den Verfasser. Derselbe wurde dann am 20. Februar von der Strafkammer zu Krefeld zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt. Weil der Verfasser Geschäftsführer des Weberverbands ist, also einer Organisation, welche der Textarbeitersstreik in Betracht kommt, wurde ihm der Schutz des Paragraphen 198 des Strafgesetzbuchs (Wahrung berechtigter Interessen) zugebilligt.

Ausland.

Die Koalitionsfreiheit in Dänemark steht nicht bloß auf dem Papier. Das beweist die Konferenz der Gewerkschaftsverbände dänischer Staatsarbeiter, die kürzlich tagte. Auf derselben waren vertreten: 1. Eisenbahn-Verein, 2. Dänischer Eisenbahn-Verband, 3. Dänischer Lokomotivführer- und Heizerverein, 4. Zugführer-Verein, 5. Verein der Postbeamten der vierten Lohnklasse, 6. Dänischer Postassistenten-Verein, 7. Kopenhagener Briefträgerverein, 8. Provinz-Postbotenverein, 9. Holzspinnerei-Verein, 10. Land-Postbotenverein, 11. Allgem. dänischer Telegraphenverein, 12. Telegraphenboten-Verein, 13. Dänische Jolletts-Vereinigung, 14. Kopenhagener Jolletts-Verein, 15. Holzboothmannschaften-Verein, 16. Verein der unter dem landwirtschaftlichen Ministerium stehenden Waldwächter und Aufseher, 17. Unteroffiziers-Verein der Kopenhagener Garnison, 18. Seemanns-Verein, 19. Comptoirpersonal der Kriegsmarine. — Alle diese Vereine von Staatsarbeitern protestieren gegen den Minister, der dem Eisenbahnapostmeister Pedersen nicht erlauben wollte, eine Kandidatur für die socialdemokratische Partei zu übernehmen. Was sagen die Herren v. Thielens, v. Pöbbecke, v. Rheinbaben und v. Stumm dazu?

Von anderer Seite wird uns über die Angelegenheit berichtet: Der Vorsitzende des Dänischen Eisenbahner-Verbands* Postmeister Pedersen, der bekanntlich auch als Kandidat für die Hölle hingewiesen aufgestellt worden ist, ist von Kopenhagen nach der Station Varde verlegt worden. Auf eine Anfrage der „Nationaltidende“ nach den Gründen dieser Auffassung erwiderten Verlegung, erklärte der Verkehrsminister, es sei nicht wünschenswert, einen Mann, der in solcher Weise agitire, in Kopenhagen zu behalten, wo so viele Staatsangestellte zusammen kämen und wo seine Wirksamkeit nur dazu beitragen könne, die Unruhe, die er schon hervorgerufen habe, noch zu vermehren. Der Centralvorstand des Dänischen Eisenbahner-Verbands* hat beschlossen, Pedersen trotz seiner Verlegung sein Amt als Vorsitzender des Verbands zu belassen und die dafür nötigen Mittel zu bewilligen. Ferner haben die fortgesetzten Chikanierungen des Ministers dazu beigetragen, daß die Wählervereinigungen, die Pedersen in seinem Wahlkreis abgehalten hat, außerordentlich gut besucht waren.

Die streikenden Schneiderinnen von Paris besigen seit einigen Tagen ihr eignes Zeug- und Kampfsied. Es ist der Carmagnole nachgeahmt und beginnt so:

„Que demande un petit trotin?“

„De chez Worth ou de chez Paquin?“

Was die keine Ausläuferin (trottin) verlangt, das ist ein bißchen mehr Lohn, ein bißchen weniger Arbeit. Statt des Kanonendonners wie die revolutionäre Carmagnole („vive le son du canon“) läßt die Schneidermannschaft Carmagnole „le son du violon“, die Weigenklänge, hochleben.

Eine Schar Studenten, die mit Violinen, Gitarren, Zithern, Mandolinen, Leuten ausgerüstet waren, kamen, wie man uns aus Paris schreibt, am Mittwoch aus dem Quartier Latin nach dem rechten Ufer herüber, brachten zuerst der „Grande“ ein Ständchen und zerstreuten sich dann, um längs der Boulevards diese Carmagnole vorzutragen. Dabei legten sie, wo dazu Raum genug war, ihre Hüte oder Mützen auf den Boden wie die Bettler und sammelten Sous, die eine Summe von 62 Franken ausmachten.

In Montceau-les-Mines herrscht jetzt vollkommene Ruhe, die streikenden Arbeiter lassen sich nicht provozieren. Das Syndikat hat in der Stadt 82 Lokale eingerichtet, in denen die Ausständigen ihre Mahlzeiten einnehmen; es werden täglich etwa 15 000 Portionen ausgegeben, die aber 8000 Franks Kosten verursachen. — Die Situation in Chalons ist noch die gleiche. Die Polizeigerichte haben alle Tage zu thun, um alle die bei dem Zusammenstoß mit dem Militär Verhafteten zur Aburteilung zu bringen.

Sociales.

Die gesetzliche Regelung der Kinderarbeit.

In der „Socialen Praxis“ veröffentlicht der Lehrer A. Koghd in Rixdorf, ein Mann, der sich seit Jahren mit der Frage der Kinderarbeit beschäftigt, einen Aufsatz, worin er einige Vorschläge macht für die Grundzüge, die in einem Gesetz über die Kinderarbeit zur Geltung zu kommen hätten. Als Titel schlägt er „Gesetz gegen die Ausnutzung kindlicher Arbeitskraft“ vor.

Als Kinderarbeit im Sinne des Gesetzes sollen gelten: Arbeiten, die bei einem fremden Arbeitgeber gegen Lohn (Geld, Kleidung, Wohnung, Verpflegung) ausgeführt werden. Arbeiten im elterlichen Hause, die für fremde Rechnung ausgeführt werden, oder durch welche Gegenstände für den Verkauf gewerbsmäßig hergestellt werden, oder für die wegen ihrer Schwere oder langen Dauer unter ordnungsmäßigen Verhältnissen eine besondere Hilfskraft notwendig wäre.

Als Altersgrenze nach unten wird das vollendete 11. Lebensjahr vorgeschlagen, wobei noch für die Beschäftigung bei den Eltern in Ausnahmefällen nach Anhörung der Schulbehörde ein Herabgehen bis auf 10 Jahre gestattet werden soll. Die Beschäftigung bei einem fremden Arbeitgeber soll abhängig sein von der Erlaubnis des Schulleiters im Einvernehmen mit dem Klassenlehrer.

Herr Koghd weist selbst darauf hin, daß der internationale Arbeiterkongress in Zürich forderte, Kindern unter 15 Jahren jede Erwerbsarbeit zu verbieten; er ist jedoch der Meinung, daß dieses Ziel unerreichbar sei, und da er Vorschläge macht, von denen er hofft, daß sie bei dem in Vorbereitung befindlichen Gesetzentwurf Berücksichtigung finden, so begnügt er sich mit dem 11. Jahre. Unbedingte müßte aber dann gefordert werden, daß die Beschäftigung in jedem unter das Gesetz gehörenden Falle abhängig ist von einem ärztlichen Zeugnisse, wozu dann noch die Zustimmung des Lehrers hinzuzutreten hätte.

Verschiedene Beschäftigungsarten sollen Kindern überhaupt verboten werden. Als solche bezeichnet Herr Koghd beispielsweise:

A. Industrielle: Marmor-Steinlophen, Schleifen, Sägen und -polieren, Verfertigung von Schleifsteinen und Griffen, die Arbeiten in Steinbrüchen, die Verfertigung von Steinwaren (Kalkschleiferei), alle Arbeit in Ziegeleien, Schmieden und Schlossereien, das Glasmachen von Glaswaren, das Salzen und Enthaaren von Fellen und Häuten, das Mahlen und Mischen von Farben, die Herstellung und Verpackung von sogenannten französischen Gummiartikeln, die Beschäftigung beim Abkühlen der Tiere in Fleischereien, B. Das Hausieren auf der Straße, in Häusern und Kolaten, C. Kellnerdienst und Fremdenunterkunft, Bier- und Weinverkäufe in Gast- und Schenkwirtschaften, D. Die Aufwartedienste bei Prostituierten, bei Schankstellen, in Eisenbahnjagen u. dergl., die Aufsicht in Figurenkabinetten (sogenannten Geheimkabinetten), Eventuell noch Regelaufstellen und die Wagensaufsicht bei fremden Kutschern.

Kein Kind soll vor Beginn des Schulunterrichts beschäftigt werden. Keinesfalls darf die Arbeit vor 7 1/2 Uhr früh im Winter und vor 6 1/2 Uhr im Sommer beginnen und nicht über 6 beziehungsweise 7 Uhr abends dauern. Die Maximaldauer der körperlichen Arbeit darf 4 Stunden an einem Tage nicht überschreiten. Sonntagsarbeit ist zu verbieten. In bestimmten Berufen auch die Accordarbeit.

Jeder fremde Arbeitgeber soll haftbar gemacht werden für die Verletzungen, die sich ein Kind bei der ihm übertragenen Arbeit zuzieht. Diese Haftung ist zu eng. Sie müßte mindestens so weit gehen, wie die Haftung der Unfallversicherung.

Sodann macht Herr Koghd noch einige Formvorschriften, die die Kontrolle der Beobachtung des Gesetzes sichern sollen, bezügend aber auch die Ausdehnung der Gewerbeaufsicht auf die Hausindustrie als notwendige Voraussetzung für eine wirksame Durchführung des Gesetzes. Außerdem wünscht er aber mit Recht, daß der Schule eine wesentliche Mitwirkung dabei eingeräumt werde.

Grober Unfug.

Es ist eine seit langem erhobene und sehr wohl begründete Forderung, daß die jungen Leute, die im Begriff stehen, ins Leben hinauszutreten, mit unrenn gesetzlichen Zuständen bekannt gemacht, insbesondere über ihre Rechte und Pflichten als zukünftige Staatsbürger belehrt werden. Die Oberstufe der Volksschule, in noch höherem Grade die Fortbildungsschule, hätten hier eine wichtige Aufgabe zu erfüllen und würde besonders den jungen Arbeitern einen Fonds nützlichen praktischen Wissens gewähren können, wenn sie sie über den Stand der Arbeiter-Verhinderung als auch im weiteren über Grundzüge der Arbeiter-Kongress-Gesetzgebung in einer ihrem Bildungsstand entsprechenden geeigneten Weise unterrichtete. Eine Hauptaufgabe für die Erfüllung dieser Aufgabe liegt ohne Zweifel in der Kompilierung des Stoffes, der nicht leicht dem Verständnis so junger Leute mündgerecht gemacht werden kann, ganz abgesehen davon, daß es auch nicht so leicht zu entscheiden ist, wie weit man dabei in die Einzelheiten eingehen soll.

Eine Darstellung dieses Stoffes in einer den Ansprüchen eines solchen Publikums entsprechenden Weise wäre sehr dankenswert. Von ultramontaner Seite ist der Versuch dazu unternommen worden. In einer kleinen Broschüre, die jetzt schon in achtgebter Auflage aus dem Verlag von Bachem in Köln vorliegt, behandelt ein gewisser J. Rindt die Arbeiterversicherung des Deutschen Reichs in Form von Fragen und Aufgaben für die Oberstufe der Volksschulen, für Fortbildungsschulen, für Arbeiter- und Gesellenvereine. Schon diese Verkoppelung von Volksschule und Arbeitervereinen kennzeichnet das Ultramontane als wertlos. Was die erwachsenen Mitglieder der Arbeitervereine von den Gesetzen wissen müssen, kann man den Volksschülern nicht vorziehen, und was diesen dienlich ist, ist für jene wertlos. Aber um die Belehrung handelt es sich auch bei der Schrift offenbar am allerwenigsten; es ist vielmehr in Wirklichkeit nichts als eine politische Tendenzschrift im Gewande eines Unterrichtsmittels.

Da wird r-mal von den „großen Wohlthäten“ der Versicherungs-gesetze geredet, von dem großen Friedenswert des hochseligen Kaisers, von dem Kaiser der Armen und Bedrängten usw. Die Belehrung, die über den Jwed des Unfallgesetzes erteilt wird, ist sogar tendenziös unrichtig. Es wird darin gesagt, daß es der Jwed des Gesetzes sei, den Arbeitern den Schaden zu ersetzen, den sie durch Betriebsunfälle erleiden. Der Jwed des Gesetzes ist aber in Wirklichkeit nur der Ersatz eines Teils des erlittenen Schadens.

Wenn die Ultramontanen ihren erwachsenen Anhängern in den Arbeiter- und Gesellenvereinen solchen Humbug vortragen und diese das gläubig hinnehmen, so ist das schließlich eine Sache, die die Leute unter sich abzumachen haben; aber unter der Firma eines Lehrbuchs für Volks- und Fortbildungsschüler erscheint die Sache als ein gemeingefährlicher grober Unfug. Für diesen Jwed darf nur eine völlig objektive Darstellung des Inhalts der Gesetze gestattet werden. Die Schule ist kein Feld politischer Stimmungsmacher. Wir wollen nur hoffen, daß die politische Tendenzschrift in feiner Schule Eingang gefunden haben möge.

Ueber die Wirkungen des gesetzlichen Minimallohns in der australischen Kolonie Victoria berichtet Elisabeth Arnold nach dem letzten Gewerbe-Inspektionsbericht der Kolonie in der „Köln. Volksztg.“ Die Versuche, sich an dem seit 1896 bestehenden Gesetze vorbeizudrücken, sind nie groß gewesen und haben von Jahr zu Jahr immer mehr abgenommen, so daß die wirksame Durchsührung des Gesetzes vollständig gesichert ist. Unter seiner Herrschaft sind die Löhne durchweg gestiegen. Vor 1896 war der durchschnittliche Wochenlohn in Bäckereien 32,40 M.; 1899 stieg er auf 41,80 M. In der Bekleidungsindustrie wurde vor 1896 durchschnittlich wöchentlich gezahlt an männliche Arbeiter 35,25 M.; an Arbeiterinnen 15,40 M.; 1899 39,40 M. bzw. 18,50 M.; in Schuhwarenfabriken vor 1896 an männliche Arbeiter 26,85 M. an weibliche 13,30 M.; 1899 33,30 M. beziehungsweise 14,90 M. Man könnte vielleicht sagen, daß in den letzten drei bis vier Jahren die Arbeitslöhne überhaupt gestiegen sind; das ist ja richtig, aber doch nicht in solchem Maße, wie die vorstehenden Ziffern andeuten.

Als im Jahre 1899 in Victoria eine parlamentarische Kommission eine Untersuchung über die Beschäftigungslosen anstellte, vernahm sie als Zeugen auch den Hauptfabrikanten-Inspektor, welcher ausfragte, daß das Steigen der Löhne in denjenigen Gewerben, welche vom Gesetze betroffen seien, der Wirkung des Gesetzes selber zugeschrieben werden müsse, und daß er ein Steigen der Löhne in den Gewerben, welche nicht unter das Gesetz fielen, nicht wahrgenommen habe. In demselben Sinne sprachen sich Arbeitgeber, Arbeiter und Arbeiterinnen aus. Die gesetzliche Bestimmung da-

gegen, daß Lehrlinge einen Minimal-Wochenlohn von 2,50 Mark erhalten sollten, wurde anfangs dadurch vielfach umgangen, daß man die Lehrlinge beim Eintritt in die Lehre ein Lehrgeld (Premium) zahlte, hoch genug, um daraus den Wochenlohn derselben abstreifen zu können. Das ist jetzt gesetzlich verboten.

Der beste Beweis dafür, daß man mit den erörterten gesetzlichen Bestimmungen im allgemeinen sehr zufrieden ist, dürfte der Umstand sein, daß auf Vorschlag des Viktorianischen Ministerpräsidenten (Premier) die gesetzgebende Körperschaft vor zwei Monaten dieselben auf Zigaretten-, Porzellan- und Thonwaren-Fabriken, Cigarrenfabriken, Wollewebereien, Sattlereien, Fleischwaren-Fabriken und andre ausgedehnt hat, wobei die Arbeitgeber in den drei ersteren die Ausdehnung ausdrücklich befürworteten, während sie in den beiden folgenden keinen Widerspruch dagegen erhoben.

Hilfsorgne für Arbeitslose. Die in Hannover von einer Verammlung der Arbeitslosen gewählte Deputation hat von der Stadtverwaltung die Zusage bekommen, daß verschiedene städtische Arbeiten, die sonst noch länger liegen blieben, sofort in Angriff genommen werden sollen, sodas durch eine ganze Anzahl Arbeitsloser Beschäftigung finden würden.

In München haben die sozialistischen Gemeindevertreter an den Magistrat die Anfrage gerichtet, welche Maßnahmen er zu treffen gedenkt, um der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit möglichst zu steuern durch Ausschaltung von Kostlandsarbeiten zc., bezw. ob er eine ähnliche Kommissiön, wie sie gegenwärtig herrscht, künftighin durch rechtzeitige Inangriffnahme von sogenannter Winterarbeit hinführen will. Zugleich ersuchten sie den Magistrat, ob er es nicht für thunlich erachtet, umgeben eine Arbeitslosenzählung durch das städtische Arbeitsamt, wie das in Stuttgart geschieht, vornehmen zu lassen.

Die Orts-Krankenkassen Hamburgs, die zur Zeit unter sehr starker Zersplitterung leiden, sind in Verhandlungen über Zusammenlegung der Kassen zu einer gemeinsamen Orts-Krankenkasse eingetreten.

Mordprozess Neumann.

Fünfter Tag.

In der heutigen Sitzung wird als erste Zeugin unberechnete Vertha Görlich vernommen.

Die Herkunft des Rings.

Der Angeklagte Vober hat behauptet, daß er diesen Ring von der Zeugin, mit der er befreundet gewesen sein soll, erhalten habe. Die Zeugin wiederum will den Ring von einem Jungen Schulz zum Geschenk erhalten haben. Sie erklärt auf Befragen des Vorsitzenden, daß sie glaube, den ihr hier vorgezeigten Ring als denselben wieder zu erkennen, den sie dem Vober geschenkt. In einer Vorvernehmung im August v. J. hatte sie mit Bestimmtheit erklärt, daß es der Ring nicht sei und sie hatte jeden Irrtum für ausgeschlossen erklärt. Erst als ihr der Vorsitzende dies vorhält und sie ernstlich vor dem Weirnde verwarnt, erklärt die Zeugin, daß sie eine bestimmte Behauptung nicht aufstellen könne, der vorliegende Ring aber dem andern sehr ähnlich sei.

Auch die Zeugin Hartmann hatte vor dem Untersuchungsrichter ausgesagt, daß der Ring, den die Görlich dem Vober geschenkt, nicht der vorliegende Ring zu sein scheint. Bei ihrer heutigen Vernehmung kann sie bestimmte Aussagen nicht machen. Der vorliegende Ring ist ein eckter, die Zeugin hatte früher ausgesagt, daß der Zeuge Schulz, der ursprüngliche Besitzer des Görlichschen Ringes, den letzteren als unecht bezeichnet habe.

Arbeiter Gustav Schulz bestätigt, daß er der Görlich einen Ring verkauft habe, den er eines Tags in einer Restauration für 2 R. gekauft und längere Zeit getragen hatte. Er hat den Ring für unecht gehalten und erklärt, daß der vorliegende Ring ihm sehr ähnlich erscheine. Bei seiner Vernehmung vor dem Untersuchungsrichter hat er eine ganze Reihe maranter Unterschiede angegeben und bestimmt behauptet, daß der vorliegende Ring nicht derselbe sei, den er der Görlich überlassen habe. Nachdem ihm das Protokoll vorgelesen worden, wiederholt der Zeuge, daß es nicht derselbe sei. Die Görlich hat nach der Bekundung des Zeugen auf diesen eingewirkt, vor Gericht auszusagen, daß der Ring mit demjenigen identisch sei, den er ihr gegeben, er kann sich jedoch jetzt dieser Thatsache nicht mehr entsinnen. Auf Vorhalt der Verteidigung schränkt der Zeuge schließlich seine Aussage dahin ein: er könne bestimmtes über den Ring nicht sagen, er halte aber für wahrscheinlich, daß es nicht derselbe Ring sei.

Der Goldarbeiter Krause soll am dem streitigen Ringe der Görlich eine Reparatur vorgenommen haben. Er weiß sich der Sache überhaupt nicht mehr zu entsinnen.

Zeugin Hedwig Niehn, eine frühere Verlobte des Vober, weiß, daß dieser allerlei Gegenstände, Ringe u. dergl. besessen habe, die er gekauft haben wollte. Darunter befand sich auch ein Ring mit blauem Stein, der genau so ausgesehen habe, wie der vorliegende. Dasselbe sei der Fall mit dem vorliegenden Simili- und dem vorliegenden Siegelring mit grünem Stein. Letzteren will sie schon im Sommer 1899 bei Vober gesehen haben, während Vober selbst behauptet hatte, daß er den Ring erst kurz vor Weihnachten von Neumann erhalten habe. Abgesehen von diesem Widerspruch hebt der Vorsitzende noch folgendes hervor: Nach der übereinstimmenden Bekundung dieser Zeugin und des Angeklagten Vober habe dieser bei einer Partie noch dem Neuen Krug den Stein aus dem Siegelringe verloren, ihn aber wiedergefunden. Der Angekl. Vober behauptet nun, daß er den Stein selbst mit Hilfe von Siegelrad wieder eingeseigt habe, während von sachverständiger Seite behauptet wird, daß in dem vorliegenden Ringe der Stein kunstgerecht eingeseigt sei. — R. A. Bronler sucht durch eine ganze Reihe von Fragen aus der Zeugin herauszubekommen, ob der Auszug nach dem Neuen Krug nicht auch im Herbst, im Oktober oder November stattgefunden haben könne. Sie giebt die Möglichkeit zu, da sie öfter einen Auszug nach dem Neuen Krug gemacht habe.

Zimmermanns Frau Achtenhagen aus der Wilhelmshabenerstraße kannte die Medenwaldt und kennt die Seeger. Eines Tags, als sie zur Medenwaldt gerufen wurde, hatte sich dieselbe eingeschlossen und auch J. Seeger hatte sich in ihrem Zimmer eingeregelt. J. Seeger sagte ihr, sie könne die Seeger nicht mehr behalten, sie habe Angst vor ihr und deshalb müsse sie sodat als möglich weg. Zwischen den beiden Frauen scheint an dem betreffenden Morgen kein freundliches Verhältnis obgewaltet zu haben, denn nach der Bekundung der Zeugin hat ihr kurz darauf auch J. Seeger gesagt, sie fürchte sich vor der Medenwaldt und würde froh sein, wenn sie erst ein andres Unterkommen hätte.

Zeuge Mechaniker Schäm bekundet, daß er lange vor der Mordthat bei dem Angeklagten Vober einen Siegelring, ein Portemonnaie und ein Kästchen gesehen habe, die den hier vorliegenden gleichartigen Sachen außerordentlich ähnlich gesehen haben. Er weiß auch, daß aus dem Siegelring einmal der Stein herausgegangen war und er dem Vober den Rat gegeben habe, ihn mit Hilfe von Siegelrad wieder zu befestigen. — Angeklagter Vober erklärt hierzu, daß er diesen Rat auch befolgt und den Stein wieder sauber eingeseigt habe. Er sei zwar Gutmacher, arbeite aber schon seit Jahren bei der Herstellung von Drahtwaren und wisse mit Löten und dergleichen Bescheid.

Auch der Zeuge Ernst Niehn hat schon vor Weihnachten 1899 bei Vober ähnliche Gegenstände gesehen, wie sie hier in Frage stehen. Andre Mitglieder der Familie Niehn bekunden dasselbe.

Das Benehmen der Zeugin Seeger.

Nach der Mittagspause wird eine Frau Grafel als Zeugin aufgerufen, um Auskunft über J. Seeger zu geben. Sie bekundet: Sie kenne J. Seeger nur flüchtig, diese sei am 14. Januar v. J. bei ihr gewesen, um sich nach der Adresse einer Dame zu erkundigen, die eine Gesellschafterin suchte. Bei dieser Gelegenheit soll Fräulein Seeger sich zu der Mutter der Zeugin in einer eigentümlichen Weise über den Medenwaldtschen Mord geäußert haben. Diese Zeugin ist auf Grund eines an den Präsidenten gelangten Briefes

vorgeladen worden, sie weiß jedoch nichts darüber zu bekunden. J. Seeger wird von der Zeugin mit aller Bestimmtheit als die betreffende Person wiedererkannt, diese erklärt aber, daß sie sich auf eine Begegnung mit der Zeugin überhaupt nicht besinnen könne, daß sie überhaupt nicht in der Fohrenstraße, wo die Zeugin wohnt, gewesen sei. Kurz darauf bestimmt sich J. Seeger, daß sie von einer Bekannten dorthin gesandt worden sei, die ihr sagte, sie könne dort die Adresse einer Dame erfahren, die eine Gesellschafterin suche. Bei den Erörterungen über diesen Punkt äußert sich J. Seeger auch dahin, daß sie in der halben Stadt bekannt sei — eine Bemerkung, die den R. A. Dr. Mendel zu der Frage veranlaßt, ob sie etwa schon einmal an nervösen Zufällen gelitten habe? Die Zeugin Seeger verneint dies. — R. A. Bronler stellt durch Befragen fest, daß die Dame, die eine Gesellschafterin suchte, 72 Jahre alt sei, der Verteidiger fragt darauf die Zeugin, ob sie vorwiegend bei alten alleinlebenden Damen Stellung als Gesellschafterin suchte, oder ob sie solche Stellung auch bei Familien annehmen wollte. — Die Zeugin befragt sich über derartige „amphibische“ Reden, unter denen sie schon mehrfach zu leiden habe. — Rechtsanwält Dr. Mendel wünscht nähere Aufklärung über das „Amphibische“, was in der Frage des Verteidigers liegen solle. — Zeugin: In der Frage liegt die Unterstellung, daß ich bei alleinlebenden Damen Stellung suche und dann... — Vert.: Nun, und dann? Bitte fahren Sie nur fort. — Zeugin ärgert. — Vert.: Wollen Sie damit sagen, daß man Sie mit dem Worte in Verbindung bringe? — Zeugin: Jawohl. — Vert.: Ist Ihnen bekannt, daß schon kurz nach dem Mord von dritter Seite der Vorwurf erhoben wurde, daß Sie mit dem Mord in Verbindung ständen? — Der Vorsitzende schneidet weitere Fragen dieser Art ab.

Nachdem der Untersuchungsrichter, Landrichter Grunow, über die ersten Vernehmungen der beiden Angeklagten vernommen worden, werden

Die Erörterung über die drei Ringe

und deren Ähnlichkeit mit Ringen, die Zeugen lange vor der Ermordung des Fräulein Medenwaldt gesehen haben, fortgesetzt. Eine Zeugin hält die Ähnlichkeit für eine so große, daß sie sich mehr der Ansicht zuneigt, daß es dieselben Ringe seien.

Eine Zeugin Helene Kitzke findet namentlich in dem Portemonnaie eine sehr große Ähnlichkeit mit einem solchen, welches sie im Besitze des Angeklagten Vober gesehen. „Sie möchte beinahe sagen, es sei dasselbe.“

Der Sachverständige Uhrmacher Kramm hält die Darstellung des Angeklagten von der Art, wie der Stein aus dem Siegelring herausgefallen und von ihm mit Hilfe von Siegelrad wieder hineingebracht sein soll, zwar nicht für unmöglich, aber doch nicht für wahrscheinlich.

Sachverständiger Goldarbeiter Gohorn ist der Ansicht, daß der Siegelring früher wohl schon einmal einen andern Stein gehabt habe, hält es aber aus technischen Gründen für recht unwahrscheinlich, daß der jetzige grüne Stein von der Hand eines Laien eingeseigt sein könne, glaubt vielmehr, daß dies durch einen Sachkundigen geschehen sei. Für absolut widerlegt könne er die Behauptung des Angeklagten allerdings nicht erklären.

Frau Schumann ist diejenige Zeugin, in deren Geschäft der Angeklagte Vober einen der 3 Ringe — den mit dem Similistein — gekauft haben will. Sie giebt die Möglichkeit zu, kann aber Bestimmtes darüber nicht sagen. Rechtsanwält Dr. Mendel hebt hervor, daß der Angeklagte Vober das Geschäft der Zeugin ohne weiteres genannt habe, obgleich dasselbe schon längere Zeit nicht mehr in der Frankfurterstraße existierte, sondern erst ermittelt werden mußte.

Konfiterenbändler Walter Pänge bestätigt auf Befragen des Vorsitzenden, daß er in seinem Geschäft solche Kästchen, wie es hier in Frage stehe, fähre. Vober sei Kunde von ihm gewesen, und er wisse genau, daß derselbe vor Weihnachten 1899 genau ein solches Kästchen für 50 Pf. in seinem Geschäft gekauft habe. — Rechtsanwält Dr. Mendel stellt fest, daß Vober aus dem Gefängnis heraus gleich bei seiner ersten Vernehmung gesagt habe, daß er das Kästchen bei Länge gekauft habe.

Bekundungen über Diebstähle des Angeklagten.

Kaufmann Oskar Seide ist seiner Zeit Buchhalter bei dem Ledertwaren-Fabrikanten S. Morfiowicz gewesen. Der Angeklagte Vober behauptet, daß er in dem Geschäft Kaufbursche gewesen sei und der Zeuge ihm das angeblich Medenwaldtsche Visitenkarten-Kästchen geschenkt habe. Vober nennt auch einige Namen von Angestellten des Geschäfts, der Zeuge kann sich aber auf dessen Person absolut nicht besinnen, er hält es auch für ganz unwahrscheinlich, daß er ihm dies Kästchen geschenkt haben sollte. Hierauf wird der Zeuge Förster vernommen. Er ist Portier im Hause Brunnenstr. 18 und soll auch seinerseits bekunden, ob Neumann derselbe Mann sei, der am 10. April vormittags in jenem Hause gesehen worden ist. Er kann darüber nichts sagen, da der Mann damals schon einen zu großen Vorprung hatte. Nach seiner Meinung ist der Angeklagte auch nicht der Mann, der am 8. April in demselben Hause bei J. Krause eingedrungen hat. Rechtsanwält Dr. Mendel: Wenn Sie nun aber hören, daß Neumann wegen dieses Einbruchs zu Justizhaus verurteilt worden ist, dann ist es doch wohl der selbe Mann gewesen? — Zeuge: Dann trete ich mich.

Zeugin Jrl. Martin bekundet, daß der Angeklagte Neumann am Montag nach Ostern v. J. bei ihr eingedrungen habe und zwar nachmittags zwischen 4 und 5 Uhr. Die Zeugin hatte an jenem Tage nur einen kurzen Geschäftsgang gemacht. Als sie beim Nachhausekommen die Thür ihrer Wohnung offen fand, war sie sehr erschrocken und als sie die Thür öffnete, sah sie zu ihrem Entsetzen den Angeklagten in ihrer Stube, wo er sich schon ganz bequem gemacht und seinen Ueberzieher auf den Stuhl gelegt hatte. Auf die Frage: „Was er hier wolle?“ habe der Angeklagte geantwortet: „Die Thür stand ja offen! Ich bin Räubmalkinder-Heisender!“ Die Zeugin erwiderte: „Sie sind ein schöner Heisender! Ein Einbrecher sind Sie!“ Der Angeklagte erklärte aber, nichts gestohlen zu haben, und verstand es, dem Ausgang zu gewinnen. Er soll in ein Nebenhaus gerannt sein, beim Nachhausegehen wurde er aber nicht gefunden und es hieß, er sei über die Dächer entkommen. — Präsi.: War der Angeklagte sehr froh, als Sie ihn in Ihrer Wohnung überfallen, hat er Sie bedroht, oder bedrohliche Redensarten gemacht? — Zeugin: Nein, er war sehr höflich! (Heiterkeit.) — Dieser Einbruch ist noch nicht geklärt. Der Angeklagte Neumann giebt auf Befragen mit heiterer Miene zu, daß er der Einbrecher gewesen sei. — Staatsanwalt Reich konstatiert, daß in diesem Falle also der Angeklagte von seinem angeblichen Prinzip, nur zwischen 9 und 12 Uhr vormittags einzubringen, abgegangen sei.

Um 4 1/2 Uhr wird die Verhandlung auf Sonnabend 9 1/2 Uhr vertagt.

Gerichts-Beitung.

Unglaubliche Vorkommnisse in einer Privat-Bade-Anstalt kamen gegen deren Inhaber, Stange, zur Sprache, der gestern unter der Anklage des wiederholten Betrugs vor der 129. Abteilung des Schöffengerichts stand. Durch die umfangreiche Beweisaufnahme wurde festgestellt, daß der Angeklagte an Wichtige Leute Verabfolgung hatte, deren Material bereits von andern Kranken benutzt worden war. Einige Zeugen hatten die Anstalt unrichtiger Sache voller Eitel wieder verlassen. Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten zu einer Geldstrafe von 1000 M.

Zum Kapitel der unschuldig Verurteilten liefert der Fall des Kaufmanns Weiner einen bemerkenswerten Beitrag. Am 18. Oktober 1898 wurde derselbe wegen vollendeten und versuchten Betrugs zu einer Gefängnisstrafe von 9 Monaten verurteilt. Besonders belastend war für ihn das Gutachten des damaligen gerichtlichen Vize-Präsidenten. Nach jahrelangem Verweilen des Verteidigers, Justizrats Arnold Goldstein, gelang es demselben, das Wiedereröffnungsverfahren durchzusetzen. Gestern wurde vor der 9. Strafkammer des Landgerichts I von neuem gegen Weiner verhandelt. Die drei gerichtlichen Vize-Präsidenten Krone, Hüfisch und Wachmann gaben ihr Gutachten in so entlastender Weise für den Angeklagten ab, daß der Staatsanwalt selbst dessen kostenlose Freisprechung beantragte. Der

Gerichtshof erkannte dementsprechend. Nur einem günstigen Zufall hatte der unschuldig Verurteilte es zu danken, daß er die Strafe nicht anzutreten brauchte.

Ein Massenprozess gegen Schulkinder, die Folge eines sommerlichen Ausflugs, kam dieser Tage vor dem Gericht in Friesdorf (Westhaveland) zur Verhandlung. Auf einer Partie, den zwei Gemeindefunktionen unter Führung der Lehrer im Juli v. J. nach Sölln unternommen, schämten die Kinder die Wagen, welche zu ihrer Beförderung dienten, mit Wirkenzweigen; diese wurden dazu in der Forst gepflückt. Der später hinzukommende Revierförster erstattete, als er die geschämten Fuhrwerke gesehen, gegen sämtliche beteiligten Kinder, etwa 80 an der Zahl, beim Amtsgericht Anzeige wegen Entwendung der Wirkenzweige. Da sich unter den Kindern aber 50 befanden, die noch nicht 12 Jahre alt waren, also das straffähige Alter nicht erreicht hatten, so konnten nur 30 zur Rechtskraft gezogen werden; diese erhielten nun jedes einen Strafbefehl in Höhe von 1 Mark wegen „Forstdiebstahls“. Hiergegen wurde auf Entscheidung des Gerichts angetragen. In dem Verhandlungstermin besritten nun alle Kinder bis auf drei, sich an der Entwendung von Wirkenzweigen beteiligt zu haben; und ein Beweis ihrer Schuld konnte auch nicht erbracht werden. Bei den drei geständigen Angeklagten kam der Staatsanwalt zu der Ueberzeugung, daß sie die zur Erkenntnis der Strafbarkeit ihrer Handlungsweise erforderliche Einsicht noch nicht besäßen; darauf wurden alle Angeklagten freigesprochen. Ob es wirklich unbedingt geboten war, gegen Schulkinder aus einer so harmlosen Veranlassung derart vorzugehen?

China.

Die Waldersee-Expedition vertagt.

Ein Peking Telegramm besagt: Graf Waldersee hat den geplanten Vormarsch vertagt, nachdem die chinesische Regierung die von den Befandten gestellten Strafverordnungen zugestanden hat.

Amerikanische Besorgnisse.

Aus New York wird gemeldet: Der Vorschlag der Vereinigten Staaten, nach welchem die verschiedenen Mächte sich gegenseitig verpflichten sollen, keine neuen Konzessionen seitens Chinas zu verlangen, ist im Prinzip angenommen worden.

Russisch-japanische Spannung.

Die Annexion der Manchurie durch Rußland wird als vollständig, bis auf den Namen, betrachtet. Das russische Zivilgouvernement beschloß die Seegölle und hat eine Kopfsteuer eingeführt. Am 10. Februar machten räubernde Russen einen Angriff auf ein Gasthaus, am 11. Februar auf das englische Konsulat, dessen Wächter erschossen wurde. Der Gegensatz zwischen Rußland und Japan scheint sich zu verschärfen und man kann daher der Auffassung hier begegnen, daß im Frühjahr ein russisch-japanischer Krieg im Bereich der Möglichkeit liege.

Teile Nachrichten und Depeschen.

Eisenbahn-unglück.

Köln, 22. Februar. (W. Z. V.) Nach Meldungen aus St. Goar ist heute nachmittag 4 Uhr bei der Einfahrt in den Bahnhof St. Goar der dritte Wagen des Durchgangszugs Basel-Köln infolge eines Radreifebruchs entgleist und ungefähr 200 Meter neben dem Geleise hingeschleift worden. Es ist jedoch niemand verletzt worden. Nachdem die Reisenden der letzten drei Wagen in die vorderen Wagen untergebracht waren, konnte der Zug unter Zurückschaffung der letzten drei Wagen die Fahrt fortsetzen.

Die Transvaalfrage im englischen Unterhause.

London, 22. Februar. (W. Z. V.) Unterhaus. William Redmond fragt, ob der deutsche Kaiser der britischen Regierung seine Dienste als Schiedsrichter in der Frage der Beendigung des Boerentriegs angeboten habe. — Unterstaatssekretär Lord Cranborne beantwortet die Frage mit nein. — Redmond fragt hierauf: Will die Regierung erwägen, ob es rätlich ist, den deutschen Kaiser um seinen Schiedspruch zu ersuchen? — Der Sprecher ruft Redmond zur Ordnung. Eine Antwort wird auf diese Frage Redmonds nicht erteilt. — Auf eine Anfrage teilt der Schatzkanzler Hids-Beach mit, der bisher ausgegebene Betrag an Kriegskosten sei 81 500 000 Pfund Sterling, die wöchentlichen Kosten belaufen sich auf etwa 1 250 000 Pf. Sterl. — Der Kriegsminister Erdbick erklärt, daß nach einer kürzlich aufgestellten Schätzung die Zahl der im Felde stehenden Boeren etwa 20 000 betrage, und daß im Januar mehr als 18 000 Boeren gefangen in den Händen der Engländer waren (?); diese Zahl habe sich in der letzten Zeit noch erhöht.

Dampferkatastrophe im Hafen von San Francisco.

San Francisco, 22. Februar. (W. Z. V.) Der der Pacific Mail Steamship Company zu New Hoel gehörende Dampfer „City of Rio de Janeiro“ hatte Hongkong am 22. Januar und Yokohama am 2. Februar verlassen und traf gestern Abend am Goldenen Thor, (Hafen von San Francisco) ein und legte sich des Nebels wegen bis 5 Uhr morgens vor Anker. Als er dann in den Hafen einfuhr, lief er auf ein Riff auf und sank in fünfzehn Minuten.

Es brach eine große Verwirrung aus, während die Boote ins Wasser gelassen wurden. Viele Personen sprangen über Bord. Drei Boote kamen von dem Schiff gut ab. Wie viele ertrunken sind, läßt sich noch nicht sagen, da der Zahlmeister, der die Passagierliste hält, vermißt wird. Man glaubt indessen, daß sich 29 Kajütenpassagiere, darunter sieben Weiße, und 150 Japaner und Chinesen im Zwischendeck befunden haben. Die Mannschaft zählte 140 Köpfe.

Frankfurt a. M., 22. Februar. (W. Z. V.) Die „Frankf. Ztg.“

meldet aus New York: In Rushop bei Trenton stieß der Atlantic-Expreß der Pennsylvania-Bahn mit einem Lokalgug zusammen. 12 Personen wurden getötet und 40 verletzt.

Wien, 22. Februar. (W. Z. V.) Unter den Eingängen der

heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses befanden sich eine Interpellation Schönerer betreffend Befestigung eines Gebietsstreffens in Lienz und eine Interpellation Funke betreffend Durchführung der Verordnung vom 17. Oktober 1899 über die Aufhebung der Sprachverordnungen für Böhmen.

Budapest, 22. Februar. (W. Z. V.) Die Arbeitslosen

wollten heute abends demonstrativ die Straßen der Stadt durchziehen; die Polizei verhinderte dies jedoch und verhaftete 22 Personen, welche Widerstand leisteten.

Paris, 22. Februar. (W. Z. V.) Die revolutionären Sozialisten

hielten eine Versammlung ab, in der sie gegen das neue Gesetz des Handelsministers Millerand betreffend Regelung der Verhältnisse protestierten. Eine Tagesordnung in diesem Sinne wurde angenommen. Mehrere sozialistische Abgeordnete wohnten der Versammlung bei.

Paris, 22. Februar. (W. Z. V.) Die Abendblätter melden

aus Montceau-les-Mines, daß dort im Auftrag des Staatsanwalts zwei aus St. Etienne angekommene Kisten mit Gewehren beschlagnahmt seien. Ausläßlich dieser Maßnahme habe ein Führer der Arbeitervereine einem Berichterstatter erklärt, daß die anständigen Bergarbeiter nahezu 3000 Gewehre besäßen.

Paris, 21. Februar. (W. Z. V.) In der Deputiertenkammer

beantragte der Nationalist Gauthier de Clagny, in das Budget 6 Millionen Franc einzustellen zur Unterstützung der durch die Kälte und den Arbeitsmangel in Mitleidenhaft gezogenen Arbeiterbevölkerung. Der Antrag wird für dringlich erklärt und der Budgetkommission überwiesen.

Salonichi, 22. Februar. (W. Z. V.) Die Mitglieder des hiesigen

macedonischen Komitees wurden verhaftet. Die Polizei beschlagnahmte Waffen und kompromittierende Schriftstücke.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Friedrichsfelde. Sonntag, den 24. d. M., früh 8 Uhr, findet eine Flugblattverbreitung statt. Am Dienstag, den 26. d. M., bei Eube Protestversammlung gegen den Brotwucher. Um rege Beteiligung erucht Der Vertrauensmann.

Groß-Lichterfelde-Lankwitz. Am Sonntag, den 24. Februar, nachmittags 2 1/2 Uhr, findet im Saale des Herrn Vogel, Chausseestraße 104, eine öffentliche Protestversammlung gegen die Erhöhung der Kornzölle statt. Referent: Reichstags-Abgeordneter Jubel. Um zahlreiches Erscheinen, besonders der Frauen, wird ersucht. Der Einberufer.

Tokales.

Von einer Anzahl Militärämter in der Postverwaltung geht uns folgende Anschrift zur Veröffentlichung zu: In der Budgetkommission des Reichstags am 8. d. M. erklärte der Herr Staatssekretär des Reichs-Postamts v. Pöhlke: „Die Militärämter seien zu den schwierigen Arbeiten, besonders der Telegraphie, nicht mehr brauchbar.“

Diese Aeußerung weisen wir entschieden zurück. Mit derselben Berechtigung könnte man von dem ehemaligen General sagen, daß er sich nicht zum Staatssekretär des Reichs-Postamts eignet. Denn der Herr Staatssekretär nur einigermassen über die Dienstverhältnisse in seiner Armee orientiert wäre, müßte er wissen, daß sich die Hälfte und noch mehr der gesamten Ober- und Telegraphen-Assistenten der Reichs-Telegraphie aus Militärämtern rekrutiert. Er müßte wissen, daß sowohl die neu eintretenden Militärämter, wie auch die Telegraphengehilfen und Gehilfen vielfach von Militärämtern ausgebildet werden, und daß selbst Telegraphen-Gehilfen, in zwei Monaten ausgebildet sein müssen. Er müßte ferner wissen, daß sich unter den alten und ältesten Oberassistenten wieder ehemalige Militärämter befinden, die mehrere Feldzüge mitgemacht haben und deren Beruf mit Eisenkreuzen I. und II. Klasse geschmückt ist. Die Militärämter drängen uns zu den schwierigen Arbeiten nicht her, da giebt's genug akademisch gebildete Herren, die zwar auch nicht viel mehr leisten als wir, als Aufstellungspersonal aber ganz gut zu verwenden sind. Wir wollen durchaus keinen Platz an der Sonne, aber unser Recht wollen wir auch nicht unter den Scheffel gesteckt wissen. Wir sind schon froh, wenn wir unter 8 bis 11 Stunden, anstrengendes Pensum hinter uns haben und uns mit dem Bewußtsein zur Ruhe legen können, unsere Pflicht und Schuldigkeit getan zu haben. Wir haben für ein mögliches Einkommen dem Staat die schönsten Jahre unsres Lebens geopfert, Feldzüge und Strapazen aller Art erlitten und willig mitgemacht und endlich uns als Männer von 24 bis 38 Jahren mit offener Familie eine Stelle erkungen, die ein unbedeutender junger Mann schon mit 25 bis 27 Jahren inne hat. Den Genuß des Höchstgehalts, den andre schon mit 46 bis 48 Jahren haben, erleben wir in den meisten Fällen überhaupt nicht. Doch was wollen und können wir dagegen thun? Nach Lage der Dinge Nichts! —

Ueber das Befinden unres erkrankten Genossen Singer schwirren in Berlin demüthigende Gerüchte umher, die noch genähert werden durch unbestimmt gehaltene Zeitungsnachrichten. Wie wir zur Beruhigung unres Genossen auf Grund persönlicher Information mitteilen können, besteht eine Gefahr für das Leben des Genossen Singer nicht. Unser Genosse dürfte der Parteithätigkeit bald wiedergegeben sein, wenn er auch selbstverständlich noch Verlassen des Bettes sich zunächst einige Schonung auferlegen muß.

Die herrschende Kälte hat in der Umgegend Berlins vielen kleinen Vögeln auch indirekt den Untergang bereitet, ungerichtet diejenigen, welche unter dem direkten Einflusse des strengen Frostes noch täglich zu Grunde gehen. Zur Verhütung von Raubzügen werden bekanntlich zur Zeit von den meisten Jagdpächtern Giftbroden gelegt, die besonders von den geringen Krähen angenommen werden. Daß aber diese Giftbroden auch für unsre nützlichen Vögel verderblich sein können, beweist die Thatsache, daß verschiedentlich auf Feldern tote Vögel, namentlich Meisen, gefunden worden sind, in deren unmittelbarer Nähe Giftbroden lagen. Vom Hunger gepeinigt hatten die Thiere an diesen genagt und waren dem starken Gifte sofort erlegen.

Die Eisbrecher der Sebr. Tabbert und der Vereinigten Mörtelwerke, welche bisher die Hochstraße durch die Mitte der Wendischen Seen der Grinow bis Wusterhausen zum Zweck der Willkühr unter Nüchdringung von Mörtel anstrecherzielten, haben nunmehr ebenfalls infolge des anhaltenden starken Frostes ihre Thätigkeit einstellen müssen, so daß diese Seen wiederum eine zusammenhängende sichere Eisfläche bilden. Die auf derselben befindliche Eisbahn ist von Grinow bis Schmöwitz hin erheblich verbreitert und die darauf befindlichen Sprünge sind durch Ausgießen befestigt worden. Sind damit aber die Gefahren des Fallens für die Schlittschuhläufer möglichst beseitigt, so können solche durch die Luftströmungen einzelner Kinder und auch Erwachsener dadurch hervorgerufen werden, daß von den an den Ufern der Seen befindlichen Hochfeldern Hochbühnen entnommen und auf die Bahn geworfen oder unabsichtlich fallen gelassen werden. Die Betreffenden können nicht zu wissen, daß sie sich nicht allein wegen der unbedeutenden Wegnahme des Hohen, sondern auch wegen eventueller Fahrlässigkeit strafbar machen. Ein Hinweis hierauf dürfte genügen, diese gefährliche Ursache zu unterlassen.

Bei offenen Coakfeuerungen darf nicht gearbeitet werden! So lautet eine Ministerialverfügung vom 22. Juni 1897. Nun sollte man meinen, daß die Behörden dieser Verfügung in erster Linie nachkommen würden. Dem ist aber nicht so. In dem Neubau der städtischen Badeanstalt in der Wilmstraße wird gegenwärtig nicht gearbeitet, während in den Corridoren und den Zimmern offene Coakfeuerer sich befinden. Raum 1 Meter von diesen gesundheitsgefährlichen Feuerern sah wir den Maurer seine Thürhebeln abschleifen. Hoffentlich genügen diese Zeilen, damit Abhilfe geschaffen wird.

Ein eigenartiges Rettungswort verursachte gestern morgen gegen 9 Uhr an der Jannowitzbrücke großes Aufsehen. Passanten der Brücke bemerkten auf einer in der Fahrtrinne der Spree treibenden Eischolle einen kleinen schwarzen Hund, welcher furchtbar jammerte. So wurde sofort von dem nahe gelegenen Depot des Deutschen Tierchutz-Vereins Hilfe alarmiert, jedoch erwies sich die Versuche der hinkommenden Beamten, sich dem Tiere über das Eis zu nähern, als vergeblich. Die Eischolle war inzwischen unter die Brücke getrieben und hatte sich an einem Pfahl festgelehrt. Der Besitzer einer in der Nähe verankerten Jolle stellte sein Boot zur Verfügung und jetzt endlich gelang es den Beamten des Tierchutz-Vereins, das Rettungswort zu vollbringen und den schon fast vollständig erstarrten Hund zu bergen. Das Tier, welches mit Maulkorb und Watte versehen war, wurde nach dem Depot des Deutschen Tierchutz-Vereins geschafft.

Einen gewaltigen Aufschwung hat der Straßenbahn-Verkehr im Monat Februar genommen, so daß die Betriebsmittel außerordentlich vergrößert werden mußten. Während im vergangenen Monat die Einwirkung des neuen Zehnpsennig-Larifs sich nur wenig bemerkbar machte, so daß die Betriebsverwaltung von der polizeilichen Erlaubnis einer Erweiterung des Anhängerverkehrs absehen konnte, mußte in diesem Monat von der zugestanden polizeilichen Genehmigung Gebrauch gemacht werden. So hat sich auf der Straßenbahn-Linie Küstriner Platz—Moabit die Einnahme ver-

dreifacht. Ebenso ist auf der Strecke Görlicher Bahnhof—Waldstraße eine außerordentliche Verkehrszunahme zu verzeichnen. Die Linie Danksgerstraße—Hermannplatz hat zu den Hauptbetriebszeiten einen Zweiminuten-Verkehr aufzuweisen und ebenso hat sich die Einstellung von Sonderwagen auf den meisten übrigen Linien als dringend notwendig herausgestellt.

Glücklich geheilt wurde auf der Tollwitz-Schaustation der 13jährige Sohn Karl des Arbeiters Bolsh, der kürzlich mit Fiebern der ausbrechenden Krankheit mit dem 6 Jahre alten Knaben Paul Richter hier in Behandlung gegeben wurde. Bei Karl W. war die Krankheit noch nicht so weit vorgeschritten, wie bei seinem Leidensgefährten. Daher gelang seine Rettung, während Paul Richter starb.

Die versuchsweise Schneebeseitigung durch Versenkung der Schneemassen in Luisenstädtischen Kanal, die in den Vorwintern am Elisabeth- und Luisenauer angelegt wurde, ist in diesem Winter nicht fortgesetzt worden. Die Thatsache, daß das Kanalwasser eine nur schwache Strömung besitzt und die Schneemassen infolge dessen durch den Strom nicht mitgerissen werden, hat zu unangenehmen Ablagerungen des in dem Schnee enthaltenen Schmutz und Schlamm geführt. Gegen diese Verunreinigung des ohnehin nicht besonders klaren Kanalwassers haben nicht nur die Anwohner der erwähnten Strahenzüge energisch protestiert, sondern es mußten auch im letzten Sommer umfangreiche Vaggerarbeiten vorgenommen werden, da die Kanalstelle durch die Ablagerungen ungenügend befreit worden war. Diese Vaggerarbeiten, deren Ausführungen nahezu drei Monate in Anspruch nahmen, verursachten einen Kostenaufwand von ca. 30 000 M., so daß sie mit dem Vorteil der Schnee-Abfuhr in keinem Einklang stand. Unter diesen Umständen ist in diesem Winter wieder die Abfuhr nach den städtischen Lagerplätzen aufgenommen.

Von einem Vorortzuge überfahren und getödtet wurde vorgestern nachmittags bei der Station des Vorort-Bahnhofes Königs-Wusterhausen der dortselbst angestellte Rangiermeister Knoll. Er hatte das Rangieren eines Güterzugs geleitet und wollte nach Beendigung seines Dienstes sich nach dem Stationsbureau begeben. Indem er über die Geleise hinwegging, bemerkte er nicht, daß der um 9 1/2 Uhr nach Berlin abfahrende Vorortzug als Leertzug in den Bahnhof hineinfuhr. Er geriet unter die Räder der Maschine und wurde, wie wohl der Lokomotivführer den langsam fahrenden Train sofort zum Stehen brachte, überfahren. Er wurde der Brustkasten eingedrückt und der linke Arm außer dem Kopf so schwer verletzt, daß er bereits nach wenigen Minuten verstarb. Dem Maschinenführer trifft an dem Unfall keine Schuld.

Als die That eines Trunkenen stößt sich ein Vorgang heraus, der sich am Donnerstagabend um 9 Uhr in dem Hause Wislenderstraße 60 abspielte und damit endigte, daß der 38 Jahre alte Arbeiter Wilhelm Schulz seine Ehefrau durch mehrere Welliebe verlegte. Schulz, der seit längerer Zeit arbeitslos war, hatte in der letzten Zeit vom Magistrat zu Charlottenburg Beschäftigung bei der Schnee-Abfuhr erhalten. Wegen Zuspätkommens hatte er die Arbeit verloren, sich vorgestern betrunken und seine Frau und die Kinder gemißhandelt, so daß die Frau sich mit ihnen aus einem Fenster der Kellerwohnung auf die Straße stürzte. Aus Furcht für ihr und ihrer Kinder Leben suchte die Frau Hilfe bei einem Schuttmann. Das brachte aber den Wütenden noch mehr auf und er bezichtigte seine Frau eines unerlaubten Verkehrs mit diesem Schuttmann, ließ sich aber zu weiteren Ausfäureilungen nicht hinreißen. Gestern nachmittags um 4 Uhr kam er wiederum angetrunken nach Hause und bedrohte seine Familie mit einem Messer und einem Messer. Die Frau verließ mit den drei Kindern, deren jüngstes erst ein Jahr zählt, die Wohnung und blieb auf dem Hofe. Endlich, um 9 Uhr abends, als die Kinder vor Kälte zitterten und namentlich das jüngste fast verkrüppelt war, bat die Frau um Einlaß. Kaum war sie in der Wohnung, als der Mann mit dem Messer auf sie einhieb. Da sie das jüngste Kind auf dem rechten Arm trug, hielt sie den linken zum Schutz vor und ließ dann den Mann zurück, so daß er hinfiel. Inzwischen war ein Schlafburche dazwischentreten und auch die Polizei benachrichtigt worden. Schulz wurde festgenommen, die Frau, die durch mehrere Welliebe über den Kopf und einen über den zum Schutz des Kindes vorgehaltenen linken Arm erhalten hatte, wurde verbunden, verdrückt aber bei ihren Kindern.

Einen rätselhaften Brief erhielt ein Kaufmann Siebert in Weine von seinem 21 Jahre alten Sohn Hans, der in einer Spiritusfabrik beschäftigt war und kleine Alexanderstr. 12-13 wohnte. Der Brief lautete: „Lieber Vater! Da ich flüchte, unheilbar geisteskrank zu werden, so nehme ich mir das Leben als solches, daß kein Stink von mir übrig bleibt. Forciert nicht nach mir.“ Der Vater, dem niemals etwas an seinem Sohn angefallen war, begab sich sofort nach Berlin, um hier Ermittlungen anzustellen und ersuhr, daß sein Sohn am vorletzten Mittwoch seine Stellung ohne Grund plötzlich aufgegeben und seine Wohnung am Sonnabend unter dem Vorgeben verlassen hatte, daß er nach Hause reisen wolle. Was inzwischen geschehen ist, weiß niemand, da keine Spur von dem Verbleib des jungen Mannes zu entdecken gewesen ist.

In Lumpen gestorben ist ein Sönderling, der 38 Jahre alte Martinareiter und Handelsmann Albert Schmidt, der auf dem Hofe eines Hauses in der Degenerstraße seit fünf Jahren eine Stube allein bewohnte. Er gestattet niemand Zutritt und besorgte sich die Nahrung allein. Die Ausstattung besteht nur aus einer alten mit Lumpen bedeckten Matratze, Nahrung, einigen alten Hüten und abgetragenen Kleidungsstücken. Seit mehreren Tagen hatte man ihn nicht gesehen. Der Hauswirt stieg daher am Donnerstagnachmittag auf einer Leiter durch das oben offene Fenster und fand den Einstöckler auf dem Lumpenlager leblos vor. Ein hinzugezogener Arzt war der Ansicht, daß der Tod eine Folge von Entkräftung sei. Beim Durchsuchen des Nachlasses fand man unter Lumpen in einer Schachtel die Summe von über 200 Mark, die polizeilich beschlagnahmt wurde. Der Hauswirt hatte in den letzten fünf Monaten keine Miete erhalten, den Sönderling aber aus Mitleid nicht zum Ausziehen gezwungen.

Kampfe im Circus Schumann. Als erstes Paar traten sich am Donnerstagabend entgegen Pietro II (Major) und Bersten (Dänemach). Beterien warf Pietro II in 13 Minuten. Adoll brauchte nicht erst zu kämpfen, da Sabes II (Bordeaux) nach 2 Minuten sich selbst auf beide Schuttern legte und sich damit als besieg erklärt. Moret (Paris) wurde von Heuristik (Brüssel) in sechs Minuten besiegt. Starf (Homburg) hatte einen kühnen Stand gegen Bloue Blanc (Rarbonne). Der Franzose ist außerordentlich laager. Starf konnte nach 20 Minuten unter großen Anstrengungen seinen Gegner auf beide Schuttern drücken.

Aus den Nachbarorten.

Aus Nixdorf. Ein Zusammenstoß zwischen dem Straßenbahnwagen Nr. 1380 der Linie Hallesches Thor—Camerstraße und einem leeren Schlächterwagen fand am Donnerstagabend in der 9. Stunde vor dem Hauke Richardstraße 20 statt. Der Führer des Schlächterwagens, Handeldmann Wilhelm Schneider aus Friedrichberg, und dessen Begleiter, der Viehtreiber Richard Dittich, wurden hierbei vom Wagen herabgeschleudert, kamen aber mit leichten Verletzungen davon. Die Schuld an dem Zusammenstoß trifft lediglich den Schneider, der infolge Trunkenheit trotz allen Klingelns des Wagenführers in den Straßenbahnwagen hineinfuhr.

In einem Unfall von Gefährdung war sich gestern vormittags der Aufscher Wilhelm Vogel aus der Steinmehstraße 28 vor einem Motorwagen der Straßenbahnlinie Anfeledstraße—Dönhofsplatz, um sich loszureden zu lassen. Glücklicherweise gelang es dem Wagenführer, den Motorwagen sofort zum Stehen zu bringen, wodurch dem B. nur der Anzug zerissen wurde, er selbst aber unversehrt blieb. B. wurde zunächst nach der nahen Unfallstation und von dort zur Polizei

gebracht. Auf ärztliche Anordnung erfolgte von hier aus die Ueberführung des Unglücklichen nach der Maison de santé in Schöneberg.

Gesäßgeliebte treiben seit kurzem wieder in unserer Stadt ihr Unwesen und es vergeht fast kein Tag, wo nicht derartige Diebstähle zur Anzele kämen. In den meisten Fällen werden die gestohlenen Güter z. sofort an Ort und Stelle von den Dieben abgeschleppt. Leider hat man von letzteren bisher keine Spur zu entdecken vermocht.

Vogelfänger treiben jetzt wieder ihr schändliches Gewerbe auf den Köllnischen Wiesen, doch ist die hiesige Kriminalpolizei denselben scharf auf den Fersen. So wurden vorgestern wieder zwei Berliner Vogelfänger, August Schulz aus der Waldemarstraße 4 und Gustav Kirje aus der Lübbenerstraße 22, auf frischer That festgenommen, nach Feststellung ihrer Personalien aber wieder entlassen.

Auf einem Terrain in der Kirchhofstraße wurden in der vorletzten Nacht eine Anzahl Leuben, welche Arbeiterfamilien gehören, erworben und auf denselben Arbeitsgeräte z. gestohlen. Die Thäter sind noch nicht ermittelt.

Stechbrieflich verfolgt wird der Amtsdienner Jankowski aus Adlershof. Er war beauftragt worden, einen Betrag von 250 M., den er von der Gemeindefasse in Johannisthal erhoben hatte, an die Kasse abzuführen, hat dies jedoch nicht gethan, sondern das Geld für sich verwendet. Jankowski ist seitdem flüchtig. Ob weitere Verurteilungen vorliegen, muß erst die bereits eingeleitete Untersuchung ergeben.

Ueber das Charlottenburger Armenwesen entnehmen wir dem neuen Stadthaushalts-Bat folgende interessante Daten: Die Einnahmen sind veranschlagt auf 108 100 M. (4700 M. mehr als im Vorjahr). Allein 98 500 M. der Einnahmen entfallen auf Niederstellungen von Armenverbänden, Krankenkassen, Berufsgenossenschaften, Landesversicherungsanstalten und sonstigen Verpflichteten. An Ausgaben sind in der offenen Armenpflege 402 000 M. eingestellt, darunter 325 000 M. für bare Unterstüßungen, 3000 M. an die Inassen der Familienhäuser, 4000 M. an die Inassen des Bürgerhospitals. Die Pflegegelder belaufen sich auf 50 000 M., die Kosten für Verpflegung auf 15 000 M., für Brennmaterial auf 4000 M., für Verpflegung nützlich obdachloser Personen im Polizeigewahrsam sind 1000 M., für Erstattungen an auswärtige Armenverbände 30 000 M., für Unterbringung von Kranken in Heilanstalten 7500 M., für Zwangsheilung auf polizeilicher Anordnung 1000 M., für Besoldung der Armenärzte 10 000 M., für Besoldung der Krankenpflegerinnen 4000 M., für Geburtshilfe 1500 M., für besondere ärztliche und wundärztliche Hülfeleistungen 1000 M., für Arzneien und Verbandstoffe 12 000 M., für Milch und sonstige diätetische Mittel 2000 M., für Willen, Bruchbänder, Bandagen usw. 2000 M., für Unterbringung von Geisteskranken und Siechen 50 000 M., für Begräbnisse 7000 M. eingestellt. Für Freistellen in Kinderheilstätten (Seehospizen) werden 1800 M., für Heilstetten zu den Kinderheilstätten 800 M., zu Unterstüßungsweden des freiwilligen Erziehungsbetrags anseherlich des Namens der öffentlichen Armenpflege 3000 M., zur Anlegung als Sparvermögen für Pflegeeltern 1500 M. gefordert. Von den Armen zu stellen erfordert die Familienhäuser in der Sophie-Charlottenstraße eine Ausgabe von 8005 M., die Wohnbaracken am Fürstenthrumer Weg eine solche von 2045 M., die Gesamtsumme der Ausgaben für das Armenwesen beträgt 564 010 gegen 487 145 M. im laufenden Jahre.

Zehlendorf. Die letzte Gemeindevertreter-Sitzung beschloß den Bau einer Straßenbahn im Gemeindebetrieb. Die Bahn soll vom Zehlendorfer Bahnhof bis zur Alten Pflanzstraße gehen. Die Verdrängung der Wohnfrage zeitigte manche recht curlose Ansichten. Der Referent Herr Kienlänger bestritt eine Wohnmangel, gab aber schließlich einen Wohnungsmangel zu. Verschiedene Redner meinten, das Bauen bringe nichts ein, Gungel sei nicht zu haben und die Gemeinde könne dazu nichts thun. Ein Herr Kunzendorf empfahl Aenderung der Bauordnung und plaidierte für uneingeschränkten Hochbau. Eine ganz eigenartige Auffassung hat der Gemeindevertreter über diese Frage. Früher wäre es ganz anders gewesen; da baute jeder große Arbeitgeber Wohnungen für seine Arbeiter, heute habe das aufgehört. Für diejenigen Arbeiter, so erklärte der Vertreter weiter, welche in Berlin arbeiten, haben wir keine Ursache, für Wohnungen zu sorgen oder gar für billige Miete zu wirken. Die Hauswirte müßten sich hüten lassen, daß sie viel zu leichtfertig vermietet hätten, denn nach ganz kurzer Zeit wären die betreffenden Mieter im Armenunterstüßung eingekommen. Die Debatte kennzeichnet wohl so recht die socialpolitische Auffassung der Gemeindevertretung.

Die in der vorigen Sitzung verlesene Streikmaxime wurde mit keinem Worte erwähnt, allem Anschein soll hinsichtlich der Aufgefangenen werden, wie es bisher auch schon geschehen ist. Eine in dieser Sache von den Arbeitern eingebrachte Resolution wurde nicht beachtet, keiner der Herren Vertreter fühlte die Pflicht, hierzu zu sprechen. Ganz anders dagegen eine Resolution des bürgerlichen Vereins auf Erbauung einer höheren Mädchenschule, da kam sogleich Herr Kienlänger und fragte, wie es mit der Resolution stehe. Prompt erfolgte die Antwort, es geschieht alles, was die Sache beschleunigt. Ein Vertreter der Arbeiter fehlt in dieser erlauchten Versammlung, Hoffentlich holen die Arbeiter bei der nächsten Wahl das Verfaumte nach.

Johannisthal. In der öffentlichen Sitzung der Gemeindevertretung wurde dem Antrag der Baukommission entsprechend der Bau des Feuerwehrrdeposits für die Summe von rund 7400 M. dem Unternehmer Hübner übertragen. Durch den Rücktritt des Gemeindevertrethers Müllers für das Gemeindebureau andere Räume beschafft werden. Diese Aufgabe wurde einer Kommission von drei Mitgliedern übertragen. Der Termin zur Wahl eines neuen Gemeindevertrethers ist aufgehoben, da die Angelegenheit eine andre Regelung erfährt. So viel steht indes jetzt schon fest, daß die Kandidatur des Baumeisters Schmidt, welcher sich selbst als den alleinigen Kandidaten für das Amt des Gemeindevertrethers bezeichnet hatte, aussichtslos ist. Gegen die Richtigkeit der Gemeindevählerlisten ist kein Einspruch erhoben worden. In der ersten Klasse wählen 13, in der zweiten 37 und in der dritten 413 Personen.

Stadtvorordneten-Sitzung in Spandau. Zur Beratung steht der Bau-Etat. Genosse Duffel bringt hierbei eine Besonderen bezüglich der 8. Gemeindefasse vor. Auf Vorschlag des Referenten genehmigt die Versammlung die Erhöhung des Schulgelds für die Schülerinnen der höheren Mädchenschule auf 84 Mark pro Jahr für die drei unteren, auf 108 Mark für die drei mittleren und auf 120 Mark für die drei oberen Klassen. Bürgermeister Wolff stellt zugleich die Erhöhung des Schulgelds für die Bürgerkinder von 54 M. auf 60 M. in Aussicht. Der Etat wird auf 557 061,42 M. in Einnahme und Ausgabe festgesetzt. Der aus der Stadt-Hauptkasse zu leistende Zuschuß beträgt 363 294 M. In der Debatte über den Bau-Etat erheben die Stadtv. Nieger, Aramp und Reupert mehrere Beschwerden bezw. Anfragen. Die Beratung wird schließlich in geheimer Sitzung fortgesetzt, da eine Personalfrage hierzu nötig ist. Der Bau-Etat schließt in Einnahme mit 16 293 Mark und in Ausgabe mit 90 525 Mark ab. Genehmigt wurde auch dem Magistratsantrag gemäß, daß die Payer- und Weverstraße mit elektrischer Beleuchtung versehen wird; dies geschieht auf Anregung durch den Militärstützpunkt, welcher seine sämtlichen in diesen Straßen liegenden Häuser alsdann an die Electricitätsanstalt anschließen will!

Verksamlungen.

Die Droschkenkutscher nahmen am Donnerstag in einer stark besuchten Versammlung den Bericht des Gehilfen-Ausschusses über die im November an die Jammung gestellten Forderungen entgegen. Diese sind: 1. Beschaffung von verschleißbaren Räumen zum Auf-

Behörden der den Ausschüssen gehörenden Sachen. 2. Vergütung für die Vorstellung der Bogen bei der Polizei. Die Innung hat geantwortet, daß die erste Forderung „so weit als möglich“ berücksichtigt werden soll, die zweite aber nicht gewährt wird. Bewilligt ist die Forderung von zwei freien Tagen im Monat, sowie der Wunsch, daß die Innungsmitglieder sich als solche durch Aushängen von Plakaten kenntlich machen sollen, damit die Richter bei Streitfällen wissen, ob das Gewerbegericht oder das Innungs-Schiedsgericht zuständig ist. — Die Versammlung erklärte sich mit der Antwort der Innung auf die ersten beiden Punkte nicht einverstanden und beschloß, in dieser Angelegenheit sich weitere Schritte vorzubehalten. — Ferner wurde über eine von der Innung aufgestellte Arbeitsordnung diskutiert, die den von den Ausschüssen erteilten Wünschen nicht in allen Punkten entspricht. — Die Versammlung beauftragte den Gehilfen-Ausschuß und die Agitations-Kommission, auf die Gestaltung der Arbeitsordnung gemäß den Wünschen der Arbeitnehmer einzutreten. — Eine lange und lebhaft geführte Debatte rief der letzte Punkt der Tagesordnung hervor. Derselbe betrifft ein Konto im Agitationsfonds. Die Versammlung setzte schließlich eine Revisionskommission ein, welche die Angelegenheit prüfen soll.

Köpenick. In der letzten Versammlung des hiesigen social-demokratischen Wahlvereins, in der Theodor Meiner einen Vortrag über: „Gleiches Recht für alle“ hielt, ließen sich 15 neue Mitglieder aufnehmen.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 24. Februar, vorm 8 1/2 Uhr, in der Aula der 69. Gemeindefschule, Kleine Frankfurterstr. 6: Versammlung, freireligiöse Vorlesung. Um 10 1/2 Uhr, vormittags, ebendort: Vortrag des H. J. A. Altmann: „Wahrhaftigkeit“. Vor- und Nachspiel auf dem Pariser Musik-Harmonium. Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen. Montag, den 25. d. M., abends 8 1/2 Uhr, pünktlich, im unteren Saale des Englischen Gartens, Alexanderstraße 27a. „Besprechende Versammlung“. Weiße Dultung legitimiert.

Eingegangene Druckschriften.

Der „Süddeutsche Postillon“ hat eine Ausgabe der beiden Jahrgänge 1899 und 1900 (XVIII und XIX. Jahrgang) veranstaltet, die in geschmackvollem Einbande zum Preise von je 4 Mk. von der Verlagsgesellschaft W. Ernst in München zu beziehen sind. Die politischen Ereignisse der beiden letzten Jahre ziehen in bunter Folge an uns vorüber, wenn man die zwei Bände durchblättert, Zeugnis davon ablegend, daß der „Postillon“ seiner Aufgabe, im Gewande der politischen Satire den Interessen der Arbeiterklasse und dem allgemeinen Fortschritt zu dienen, in vollem Maße gerecht geworden ist.

Vermischtes.

Zur Ermordung des Rittmeisters v. Krosigk wird berichtet, daß am Dienstag noch ein Interoffizier (von der 4. Eskadron) verhaftet worden ist. Er will, wie verlautet, zur Stunde der Mordthat den verhafteten Sergeanten Hilpert im Pferdestall gesehen und sich mit ihm unterhalten haben, während einige von den Mannschaften behaupten, daß er nicht im Stall gewesen sei. Ferner teilt die „Königsb. Hart. Btg.“ mit, daß die Nachricht von einem dringenden Verdacht gegen die früher Verhafteten — den Sergeanten Hilpert und den Interoffizier Martin (nicht, wie fälschlich berichtet, Pohnke) — und einer unmittelbar bevorstehenden Gerichtsverhandlung gegen diese nicht zutrifft.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt.

Cefireich 24. Antwort morgen. Das Strafporto für Ihren Brief vom 22. Februar betrug 7 Pfennige.

R. 57. Abgabe an Landbesitzer rathsam, und zwar unter dem Vorbehalt, daß Rückgabe erfolgt, wenn der rechtmäßige Eigentümer ermittelt wird.

G. G. 26. Es wird amtlich nochmals gefragt.

U. Reichsbergerstraße. Wir wissen nur von einem solchen am 9. August 1896.

A. G. 100. Nicht Sie haben Ihren Birt zu zahlen, sondern der Birt ist Ihnen in vollem Umfang schadenlospflichtig, wenn er Ihnen einen Raum zur Lagerfellei zum Grünthambandel vermiethet hat und sich herausstellt, daß dieser Raum den polizeilichen Anforderungen nicht entspricht.

Ferdinand M. Die Klage wäre ohne Aussicht auf Erfolg, weil Sie ohne Ansprüche zu erheben Jahre lang eine andre Arbeitszeit hindurch gearbeitet haben. — **Zwei Wettende.** 1. Rein. 2. Die Frau hatet nicht für die Sünden ihres Mannes, umgekehrt kassiert der Ehemann, falls er die Schließelgewalt seiner Frau oder wenigstens ihr Borgerecht nicht aufhebt, für Sünden, die von der Frau für den gemeinschaftlichen Haushalt gemacht sind. Durch Eintragung in das Güterrechtsregister kann dieses Borgerecht aufgehoben oder beschränkt werden. Beispiele für solche Beschränkungen finden Sie S. 225 Nr. 20, 21 des dem Arbeiterrecht angehängten Jahrbuch durch das Bürgerliche Gesetzbuch. Dasselbe liegt in der Bibliothek Alexanderstr. 26 aus. — **A. S., Große Kaufmännische.** 1. Rein. 2. Ja.

Tschirner, Götterstraße. Wiederholen Sie Ihre Anfrage unter Ergänzung des Sachverhalts nach folgenden Richtungen: wann ist der Vater verstorben? wo? wo war sein Wohnort nach Eintragung der zweiten Ehe? Ob sprechen Sie in der juristischen Sprechstunde vor. — **Coastw.** Ein Gastwirt ist nicht verpflichtet, jedem ein Glas Bier oder sonst Getränke oder Essen gegen Zahlung zu verabreichen. In der Weigerung, insbesondere in der Art der Weigerung kann aber eine Beleidigung erblickt werden.

Marktpreise von Berlin am 21. Februar 1901

nach Ermittlungen des h. Vorkaufspräsidenten.					
*) Weizen, gut	D. Gr.	15,50	15,75	Rartoffeln, neue, D. Gr.	7,-
„ mittel		15,25	15,68	Winterrübe, Rente 1 kg	1,50
„ gering		15,00	15,50	„ „	1,50
*) Roggen, gut		14,40	14,30	Schweinefleisch	1,50
„ mittel		14,38	14,37	Rindfleisch	1,80
„ gering		14,26	14,25	Lammfleisch	1,60
*) Gerste, gut		15,40	14,70	Butter	2,60
„ mittel		14,60	13,90	Eier 60 Stk. 1 kg	5,20
„ gering		13,80	13,10	Karpfen	2,20
*) Hafer, gut		15,90	15,30	Kale	2,80
„ mittel		15,20	14,70	Handb.	2,50
„ gering		14,60	14,10	Hechte	2,20
Rüchstroch		7,-	6,50	Forelle	1,80
Öfen		8,-	5,30	Schleie	3,-
Erbsen		40,-	25,-	Fleie	1,40
Speisebohnen		45,-	25,-	Rohse	12,-
Linlen		70,-	30,-		

*) ab Bahn.
*) frei Bogen und ab Bahn.

Produktenmarkt vom 22. Februar. Der Getreidemarkt war heute abgeschwächt auf den gestrigen Rückgang der Weizenpreise in New York und auf vermehrte zentrierende ausländische Roggenofferten. Auch mattere Liverpooler Rottierungen übten einen Druck aus. Vieferungspreise für Weizen und Roggen hielten sich um 0,50 M. niedriger. Späterhin fanden einige Deckungen in Weizen statt infolge der Annahme der diebstahlreichen argentinischen Weizenverfrachtungen nach Europa. Für Hafer zeigte sich gute Nachfrage, namentlich für rheinisch-westfälische Rechnung. Mühlriech um 0,60 M. auf Paris.

Witterungsübersicht vom 22. Februar 1901, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hohd mm	Wind- richtung	Wind- stärke	Wetter	Temp. u. G. p. G.	Stationen	Barometer hohd mm	Wind- richtung	Wind- stärke	Wetter	Temp. u. G. p. G.
Einwinde	766,5	SW	3	kl. bed.	-8	Japaranda	759,0	NR	2	wolkent.	-31
Damberg	766,5	SW	3	kl. bed.	-9	Veitshub	773,0	R	3	heiter	3
Berlin	769,5	SW	2	wolkent.	-12	Sort	769,5	W	2	h. d. bed.	2
Frankf./M.	770,0	NR	2	wolkent.	-14	Herberden	769,5	W	2	h. d. bed.	2
Wilmshfen	767,5	SW	1	wolkent.	-21	Paris	769,0	W	1	wolkent.	-10
Wien	771,5	S	1	wolkent.	-14						

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 23. Februar 1901.
Etwas gelinder, teils heiter, teils wolfig mit geringen Niederschlägen und mäßigen westlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, 23. Februar.
Opernhaus. Falstaff. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schäffelschhaus. Die römische Sonne. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Opern-Theater (Kroll). Weichlofen.
Schiller. Der Raub der Sabinerinnen. Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Wespener. Anfang 7 1/2 Uhr.
Festung. Die Zwillingsschwester. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Ueber unsre Kraft. II. Anfang 7 1/2 Uhr.
Westend. Frauen von heute. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Gefaßte Liebe. Anfang 7 1/2 Uhr.
Welter. Gastspiel Maly. La Demoiselle de chez Maxim. Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Die Weisha. Anfang 7 1/2 Uhr.
Circus-Theater. Bunttes Theater: Ueberdettl. Anf. 7 1/2 Uhr.
Thalia. Amor von heute. Anfang 7 1/2 Uhr.
Pulsen. Martha. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Der Damschneider. Anfang 7 1/2 Uhr.
Carl Weill. Die Goldgräber von Kalifornien. Anfang 8 Uhr.
Welle. Alliance. Bourbourche. Monsieur Robin. Sein Geldbrief. Anfang 8 Uhr.
Palast. Spezialitäten-Vorstellung. Bummelfrisse. Anfang 7 1/2 Uhr.
Metropol. Spezialitäten-Vorstellung. Eine tolle Nacht. Anfang 7 1/2 Uhr.
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Des Löwen Erwachen. Anfang 8 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Passage-Theater. D-Vorstellung. Rosenbräutigam. Anfang nachmittags 3 Uhr.
Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung. Die zwölf unüberwindbaren Fakire.
Oranien. Landbesitzer. 18/49. (Im Theateraal) Abends 8 Uhr: „Aus dem Tagebuch der Erde“. Im Horsaal: Dr. Donath: Elektro-Magnetismus. Anfang 8 Uhr.
Rochm. 4 Uhr (zu ermäßigten Preisen) „Mittelmeerfahrten“.
Invalidenstraße 57/62. Täglich abends von 8-10 Uhr: Sternwarte.

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).
Sonnabendabend 8 Uhr:
Der Raub der Sabinerinnen.
Schwank in 4 Akten
von Franz und Paul von Schönthan.
Sonnagnachmittag 3 Uhr:
Freiwild.
Sonnabendabend 8 Uhr:
Der Herr Senator.
Montagabend 8 Uhr:
Zum erstenmal: **Der Retter.**

Central-Theater.
Mit vollständig neuer Ausstattung an Dekorationen und Kostümen.
Zum 581. Male:
Die Weisha.

Carl Weiss-Theater
Gr. Frankfurterstr. 132.
Heute nachmittags 4 Uhr:
Kinder-Vorstellung. Kleine Preise.
Max und Moritz.
Abends 8 Uhr:
Die Goldgräber von Kalifornien.
Sonnabend: Dieselbe Vorstellung.
Mittwochsnachmittag 4 Uhr: Kinder-Vorstellung. Kleine Preise. Lausend und eine Nacht. Biletvorverk. v. Montag an der Kasse.

Metropol-Theater.
Täglich 7 1/2 Uhr:
Eine tolle Nacht.
Berliner Ausstattungsdepot und das vollständig neue
Februar-Special-Programm
Anfang 7 1/2 Uhr, der tollen Nacht 7 1/2 Uhr.
Kausen liberal gehattet.
In Vorbereitung:
Man lebt ja nur einmal.
Große Gesangsposse in 5 Akten.

Sanssouci
Donnerstag, Sonntag und Montag:
Hoffmanns Nord-Sänger.
Nach jeder Soiree:
Tanzkränzchen.
Wochentags Tanz frei.
Bereinsbildnis gültig. Neu:
Wachfiguren.

Thalia-Theater
Dredenerstr. 72.
Heute und folgende Tage:
Amor von heute.
Gr. Ausstattungspose in 5 Akten u. Tanz.
Herren: Thomas, Thielke, Helmerding, Junfermann, Kaufmüller.
Damen: Witten, Wilm, Wölz, Wonnobius.
Anfang 7 1/2 Uhr.

ORANIA
Taubenstr. 48/49.
Im Theater
Sonnabendabend 8 Uhr:
Aus dem Tagebuch der Erde.
Im Horsaal:
Dr. Donath: Elektro-Magnetismus.
4 Uhr zu kleinen Preisen:
„Mittelmeerfahrten“.

Invalidenstr. 57/62.
Tägl. Sternwarte.
CASTANS PANOPTICUM
Ein Riesen-GORILLA
Neu!
Neu!
Neu!
aus Yaunda, Hinterland von Kamerun — erlegt von einem Deutschen, die grösste zoologische Sehenswürdigkeit des neuen Jahrhunderts.
Konzertkapelle la Zarina.
Der Germanensaal.

Passage-Theater
Unter den Linden 22.
D-Vorstellung
Anfang: Sonntags 12 Uhr.
Wochentags 3 Uhr. Ende 11 Uhr.
Die vier Schwestern
TUA in ihrer Neuheit
Ringschloß-Übertanz
17 erstklassige Spezialitäten 17
Hanny Luxa
die unvergleichliche
Tyrolenne-Excentrique
Rosendienstag
Feldweibeltragödie in 1 Akt.

Palast-Theater
früher Feen-Palast, Burgstr. 22.
Sensations-Februar-Programm.
8 1/2 Uhr. Brüssel. 8 1/2 Uhr.
Kollateraler Erfolg!
Bummelfrisse.
Große Posse mit Gesang in 3 Akten.
12 Riesen-Schaunummern.
Neu für Berlin:
Das Ernest-Trio, sensationelle Sport-Hochstimmer.
Carl Jürgensen mit seiner Galerie berühmter Männer. Unvergleichlich!
Demoiselle Marchetta, einzig dastehende Kraft-Gaullbriffin.
Anfang: Wochent. 7 1/2, Sonnt. 7 Uhr.
Entree 50 Pf.

Cirkus Busch
Sonnabend, den 23. Februar cr., abends 7 1/2 Uhr:
Gr. Frank-u. Parade-Abend
Herren: Aufstehen des berühmten amerikanischen Pferdewärtigers Professor Norton B. Smith.
Besonders hervorzuheben: Die große Dampfprobe. Außerdem: Vorführung der vorzüglichsten Programmmummern. U. a.: Utdentische Quadrille, ger. auf 12 Schulstufen.
Zum Schluß: Zum 88. Male:
Die eiserne Maske.

Gr. historisches Panoptikum-Schauspiel in 4 Akten und 3 Hauptbildern.
Besonders hervorzuheben: Die Jagd bis in die Eirtudstoppel hinauf.
Sonntag, 24. Februar, nachmittags 4 Uhr: „Berliner Landpartien“, wozu jeder Erwachsene auf allen Stufen 1 Kind frei hat; weitere Kinder die Hälfte. — Abends 7 1/2 Uhr: Die eiserne Maske.
Allen Freunden und Bekannten empfehle mein **Wess- und Bavrich-Bier-Kal.** sowie meine beiden Vereinszimmer mit Klavier für 20 und 50 Personen.
August Bieberstein,
Waldstr. 61.

Hente, Sonnabend
Vierter und letzter
Metropol-Theater-Ball.
Anfang 11 Uhr.
4 Musikkapellen.
Große Ueberraschungen.
Alles Nähere besagen die Plakate.

Cirkus Alb. Schumann.
Heute Sonnabend, 23. Februar, abends 7 1/2 Uhr:
Ganz vorzügliches Programm sowie hochinteressante Entscheidungskämpfe.
1. Paar: **Piqueplant** (Parbonne) gegen **Jaurisson** (Brüssel).
2. Paar: **Petersen** (Dänemark) gegen **Streng** (Berlin).
3. Paar: **Adali** (der Vönd des Sultan, bis jetzt unbeflegt) gegen **Tonn** (Berlin). Ehren-Schiedsrichter Herr Professor Reinhold Weas.
Ferner Gastspiel der **Steypen-Königin Alle Terka**, Kollateraler Erfolg! **Direktor Alb. Schumann** mit seinen bis jetzt unerreichten bestehenden **Original-Dressuren**. Zum Schluß: **CHINA**.
Größtes Panoptikum u. Wasser-Schauspiel. 600 Rummeltende. — Morgen Sonntag, 24. Februar: 2 große Vorstellungen, nachm. 3 1/2 Uhr u. abends 7 1/2 Uhr.

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel
Karlstrasse.
Wochentags 7 Uhr. Nur vielfältige. Direktion:
Sonntags 8 Uhr. Spezialitäten. **J. H. Käst.**
Neben Sonnabend nach der Vorstellung: Tanz ohne Nachzahlung.
Möbel und Volsterwaren. Franz Tutzauer,
Tischlermeister, Berlin N., Brannenstr. 152.

Passage-Panopticum und Theater.
Die 12 unverbrennb. Fakire
Neu! General Boum,
der kleinste Mann der Welt.
Eintritt einschließl. Theater 50 Pf.

Apollo-Theater.
Sensationeller Erfolg!
Ada Colley.
Valentine Petit.
Popi Glöckner.
Des Löwen Erwachen.
Komische Operette in 1 Akt von J. Brandl.
Ferner 8 Spezialitäten.
Kasseneröffnung 7, Anfang 8 Uhr.
Mittwoch, Sonnabend u. Sonntag-nachmittags: Zauber-Soiree.
Ben-All-Boy. (Halbe Preise).

W. Noacks Theater.
Bismarckstr. 16.
Wegen Privatfestlichkeit keine Vorstellung.
Sonntag:
Wogen des Lebens.

Reichshallen
Stettiner Sänger.
Neues Programm!
Heute:
Elite-Soiree.

Deutsche Konzerthallen
An der Spandauer Brücke 3.
Täglich: Internationale Künstler-Konzerte.
4 ausländische Kapellen.
Bock-Anstich.
Täglich grosse Spezialitäten-Vorstellung.

Strand-Restaurant am Wannensee
zwischen Müggelstich u. Köpenick.
Empfehle Fabrikten, Vereinen und Korporationen für Sommervergnügen u. Festtage mein großartig gelegenes Lokal. Saal für ca. 3000 Personen, Garten, genügende Nebenräume. Besichtigungen oder Kri. Soulaute Preise.
736/97 **H. Degebrodt,**
„Strandstich“, Köpenick.

Masken
Kostüme-Verleihbazar
größte Auswahl, billigste Preise.
Fr. C. Frommholz
Eisenerstr. 78, Ecke Kaserstr.

Riesen-Stofflager
Krausenstr. 14 I. Etage,
fertigt nach Mass unter
garantiertem Sitz:
Hochlegante Winterpalots für 36 M.
Hochlegante Anzüge für 30 M.
Hochlegante Balkkleider für 10-12 M.

Masken-Garderobe.
Größte Auswahl.
Billigste Preise.
Bereine Preisermäßigung.
Fr. Panknin,
Oranienstraße Nr. 178
II. Waldstr. 91.
Ecke Oranienstraße.

Einsegnungs-Anzüge
ein- und zweireihig, tadellos sitzend, in Kammgarn, Diagonal, Satin oder Cheviot 12-36 Mk. **Gesellschafts-Anzüge** in Smoking-, Rock- oder Gehrockfaçon, elegant und modern gearbeitet 30-54 Mk. **Havelocks** und **Pelerinen-Mäntel** in wetterfestem Loden 8,50-36 Mk. Dauerhafte **Beinkleider** ca. 2000 Stück in allen möglichen Mustern von 3-18 Mk.
Carl Stier, 166 Oranien-Strasse 166.
Nach ausserhalb Versand von Mustern und Massanfertigung. Ausführung unter Garantie guten Sitzens.
Nur eignes Fabrikat!

Männer! Frauen!

Sonntag, den 24. März, nachmittags 1 1/2 Uhr, im Lokale der Bränerlei zu Stralau:

Volks-Versammlung

Referent: Reichstags-Abgeordneter Arthur Stadthagen. — Eintritt 10 Pf. Um zahlreichem Besuch ladet ergebenst ein Die Vertrauensperson.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Montag, den 25. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Schiller, Rosenthalerstraße 57, Hof links:

Branchenversammlung der Bürsten- u. Pinselmacher sowie aller in dieser Branche beschäftigten Hilfsarbeiter.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen Siegfried über: „Die Entwicklung des Kapitalismus in Deutschland.“ 2. Diskussion. 3. Neuwahl der Bezirks-Kontrollkommission. 4. Verbandsangelegenheiten. Die Kollegen werden ersucht, pünktlich in der Versammlung zu erscheinen. Aufnahme neuer Mitglieder. Beiträge werden entgegen genommen. 78/10 Paul Flögel, Obmann, Adressstr. 10.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin. Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353.

Sonntag, den 23. Februar, abends 8 1/2 Uhr:

Allgemeine Versammlung

aller in der Drahtwaren-Industrie beschäftigten Arbeiter als: Radler, Drahtweber, Geschichtsmesser, Schlosser und sonstige Arbeiter im Gewerkschaftshaus (Seitenflügel, Saal 8), Engel-Ufer Nr. 15.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen A. Körsten über: „Der Dienstvertrag nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch.“ 2. Der Streit bei der Firma Heintze. 3. Verbandsangelegenheiten. 112/4

Sonntag, den 24. Februar, vormittags 10 Uhr:

General-Versammlung

in Kellers Kesselfabrik, Köpenickerstraße 29.

Tages-Ordnung: 1. Bestätigung der Stimmzettel für das Amt des zweiten Bevollmächtigten. 2. Stellungnahme zum Verbandstag in Nürnberg. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt! Die Beitragspflicht ist verpflichtet, den Kollegen die Mitgliedsbücher anzuhändigen. — Am Saal-Eingang erhält jedes Mitglied einen Stimmzettel eingehändigelt. Die Kreisverwaltung.

Sonntag, den 24. Februar, vormittags 10 Uhr:

Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands

Zahlstelle Berlin. Sonntag, den 24. Februar, abends 6 Uhr:

Oeffentl. Versammlung

bei Naabe, Kolbergerstraße Nr. 23.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Scheller: „Die Aufgaben der Organisation in Zeiten der Krise.“ 2. Diskussion. Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein und Tanz. Zahlreiches Besuch erwartet. 84/2 Der Einberufer.

Achtung! Achtung!

Präger und Prägerinnen.

Sonntag, den 24. Februar 1901, vormittags 10 1/2 Uhr, in Buskes Lokal, Grenadierstr. 33: 23/15

Morgenprache

aller Präger und Prägerinnen der Luxuspapier-Fabriken.

Verband des technischen Bühnenpersonals

Sonntag, den 23. Februar, abends 11 Uhr, Neue Köhlerstr. 3:

Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Ausbau des Vertrauensmänner-Systems. 2. Verbandsangelegenheiten. 3. Verschiedenes. Die Mitgliedsbücher sind mitzubringen behufs Einlesen des Statuten-nachtrags. 190/3 Der Vorstand.

Verband der Möbelpolierer.

Montag, 25. Februar, abends präcise 8 Uhr, Engel-Ufer 15:

Außerord. General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Die Beschlüsse und andre Stellung zu der Geschäfts-Kommission. Referent: Genosse Kator. Korreferent: H. Schulz. 2. Bericht der Siebener-Kommission über die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung. Referent: Kollege Lassowski. Korreferent: Kollege Voltz. 3. Mitteilungen des Vorstands und Verschiedenes. Das Mitgliedsbuch ist an der Kontrolle vorzuzeigen.

Donnerstag, 28. Februar, abends 8 1/2 Uhr, Admiralstraße 18 c:

Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. Steiner über: „Der Ursprung des Menschen.“ 2. Diskussion. 3. Verschiedenes und Ausgabe der Billets zu dem am

9. März stattfindenden Maskenball.

Da dem Unterzeichneten Mitteilungen zugegangen sind, daß mehrere Kollegen in der Provinz sich in Differenzen befinden, ersuchen wir nochmals alle Möbelpolierer, speziell die Mitglieder, sich vor Annahme von Arbeit an anderen Orten bei H. Schulz, Nemensterstr. 60a, zu erkundigen. 145/14 Der Vorstand.

Achtung! Kistenmacher. Achtung!

Sonntag, den 24. Februar, abends 6 1/2 Uhr:

Versammlung mit Frauen

in Lokale des Herrn Stechert, Andreadstr. 21. Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein und Tanz. Zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Vorstand. J. K.: Karl Juckel. 94/4

„Zenselssee“ In den Wäggelbergen. „Marienlust“. Anb.: C. Streichhahn, Besitzer des Kaiserhofs, Alpenstr. 4. Umfänge beide Lokale mit guten Sälen und Gärten. Jedes circa 2000 Personen fassend, mit Dampfbrüden, Stallungen für 40 Pferde etc.

Socialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berl. Reichstags-Wahlkreis.

Todes-Anzeige.

Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Maler August Bernhardt,

Kolonienstraße 37, am Mittwoch, den 20. ds. Mts., verstorben ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 24. ds. Mts., um 3 1/2 Uhr von der Leichenhalle des Neuen Pauli-Kirchhofs (Widgensee) aus statt. Ihre feinen Gedanken!

Um zahlreiche Beteiligung ersucht 246/9 Der Vorstand.

Todes-Anzeige.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, der Former

Hermann Behrendt

am 21. d. Mts. nach langem Leiden verstorben ist. (27538) Die Beerdigung findet Sonntag, den 24. d. Mts., von der Leichenhalle des Thomas-Kirchhofs, Hermannstraße, aus statt. Die trauernde Witwe Henriette Behrendt.

Ortskrankenkasse d. Sattler u. verwand. Gewerbe.

Am Montag, den 17. Februar, verstarb das Mitglied

Hermann Heise

(Werstatt H. Schwarz u. Co.) Die Beerdigung findet am Sonntag, den 24. Februar, nachm. 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Danies-Kirchhofs in Reinickendorf, Blankenstraße, aus statt. J. K. G. Assmann, Rentant.

Danksagung.

Allen Freunden und Bekannten, welche sich der am 19. d. Mts. erfolgten Beerdigung meiner lieben Frau

Emilie Kuhl geb. Hoppe

angeschlossen haben, meinen herzlichsten Dank, insbesondere dem Gesangsverein „Opheä“ und den Kollegen der Firma Gebr. Bolzani. 18614 Der trauernde Gatte nebst Kindern.

Danksagung.

Allen Verwandten und Bekannten sage ich für die große Teilnahme beim Begräbnis meiner lieben Gattin

Anguste Mischke

meinen herzlichsten Dank. 27668 Der trauernde Hinterbliebene Gustav Mischke.

Orts-Krankenkasse der Klempner.

Am Sonntag, den 3. März, vormittags 10 Uhr,

General-Versammlung

der Vertreter der Kassemitglieder und Arbeitgeber unserer Kasse statt.

Tages-Ordnung: 1. Beschlußfassung über das revidierte Statut. 2. Besprechung über den Rezepturnachhalt. 27575 Der Vorstand.

Wer wagt, gewinnt.

Ziehung 1. März.

Jährlich 12 Gewinn-Ziehungen mit abwechselnd Haupttreffern in Mk. 300 000, 178 500, 135 000, 120 000, 90 000, 45 000 etc. „Jedes Los ein Treffer“ bietet die aus hundert Mitgliedern bestehende Serienlos-Gesellschaft. Monatl. Beitrag M. 5,50 Halbes Betsollung M. 3.— L. Lübbers, Lübeck 13. Gewinnaufschlag nach jeder Ziehung.

L. Dürs Geflügelmast-Anstalt

in Neumühl bei Stolp i. Pomm. liefert

Bettfedern

mit herge und ohne feise, mittels Maschinen getrocknet u. gereinigt, das Pfund zu 60 Pf., 80 Pf., 1 M., 1,20 M., 1,40 M., 1,70 M., reine kurze Gänsefedern mit vollen Daunen zu 2,50 M., 2,75 M., 3 M., weiße Gänsefedern zu 5 M., 5,50 M. und 6 M., graue Daunen zu 3,50 M., 4 M. und 4,50 M. 34/11

Kufeke's

BESTE NAHRUNG FOR gesunde & darmkranke Kinder

Kindermehl

J. Brünn

(Bahnhof Börse) Hackescher Markt Nr. 4. 7439

Wegen Umbau und Erweiterung der Geschäftsräume gelangen große Lagerbestände meiner

Leppiche! Gardinen! Steppdecken! Portieren!

zu außergewöhnlich billigen Preisen zum

Ausverkauf!

Einzelne fehlerhafte Exemplare für die Hälfte des Wertes.

Der Verkauf zurückgesetzter Schuhwaaren dauert fort.

Das umfangreiche Lager von Restbeständen aller Arten Damen-, Herren- u. Kinder-Schuhwaaren besteht aus meist gut erhaltenen Waaren, aus Artikeln, welche unsortirt geworden sind, einzelnen Musterpaaren, Schuhen und Stiefeln mit kleinen Fehlern und solchen Artikeln, die nicht mehr geführt werden sollen.

Der Verkauf findet nur Jerusalemer Str. 40 statt.

Um mit diesen Waarenvorräthen noch vor Eintreffen der neuen Frühjahrs- und Sommer-Waaren zu räumen, werden dieselben zu ganz ungewöhnlich niedrigen Preisen abgegeben. Es bietet sich deshalb für alle diejenigen, welche wirklich billig kaufen wollen, eine äusserst vorteilhafte Einkaufsgelegenheit für durchaus reelle Schuhwaaren. — Winter-Artikel werden zu extra billigen Preisen ausverkauft.

Stiller's Schuhwaarenhaus

Jerusalemer Strasse 40, am Dönhoffplatz
Potsdamer Strasse 2, am Potsdamer Platz

Grösstes Special-Geschäft Deutschlands
Gegründet 1867.

Kufeke's
BESTE NAHRUNG FOR gesunde & darmkranke Kinder
Kindermehl

J. Brünn
(Bahnhof Börse) Hackescher Markt Nr. 4.
Wegen Umbau und Erweiterung der Geschäftsräume gelangen große Lagerbestände meiner
Leppiche! Gardinen! Steppdecken! Portieren!
zu außergewöhnlich billigen Preisen zum
Ausverkauf!
Einzelne fehlerhafte Exemplare für die Hälfte des Wertes.

Nordseefische
wie Schellfische, Cablian, Seelachs, Schollen, Bräutlingen, Knurrhahn, Roisungen etc., täglich frisch, zu billigen Tagespreisen, empfiehlt die

Deutsche Dampfschifferei-Gesellschaft „Nordsee“
Grösste Hochsee-Flottille Deutschlands mit 31 eignen Fischdampfern in ihren 5 Verkaufsstellen:

Haupt-Filliale: Berlin C. 22
Bahnhof Börse, Bogen 9-10.

No. II. Berlin NW., Lüneburgerstr., Ecke Paulstrasse, Stadth.-Bogen 388/89, Central-Lager.	No. IV. Berlin O., im Schlesischen Bahnh.- hof, Madalstr. 22.
No. III. Berlin S., Prinzenstr. 30, zwischen Moritzplatz und Ritterstr.	No. V. Berlin N., (Wedding) Reinickend.- dorferstr. 1, Eingang Schulzendorferstrasse.

Fr. Domnings Restaurant „Neuer Krug“
Bahnhofstation Neu Rahnudorf,
an der Oberspree, zwischen Müggel- und Dameritzsee.
Größeren Vereinen und Gesellschaften halbe mein Lokal bestend empfohlen.
Für gute Speisen und Getränke ist bestend gesorgt. 8490

Zur Verhütung

eines der Berliner Taschen-Branchen drohenden Streiks wird in Gemäßheit des § 69 des Gesetzes betreffend die Gewerbeverordnungen vom 29. Juli 1890 und des § 13 des Gesetzes für die Stadt Berlin vom 26. Oktober-2. November 1892, betreffend das Gewerbegericht zu Berlin, hierdurch öffentlich bekannt gemacht, daß in der Sitzung des nach dem von den Arbeitgebern als auch den Arbeitnehmern der Berliner Taschen-Branchen als Einigungsamt angesehene Gewerbegericht vom 15. Februar 1901, an welcher teilgenommen haben:

- 1. Gewerbebesitzer u. Schutz als Vorsitzender,
2. Ingenieur Bernhard,
3. Hutmachermesster Nicht als Arbeitgeber-Beisitzer,
4. Horner Köster,
5. Tischler Kohlenzer als Arbeitnehmers-Beisitzer,

ein Vergleich nachstehenden Wortlaut geschlossen worden ist:

I. Es wird nachstehende Arbeitsordnung für die Beschäftigten der Taschener-Branchen eingeführt.

Arbeits-Ordnung für die Beschäftigten von

- § 1. Von Beginn des Arbeitsverhältnisses, spätestens vor Eintritt des Arbeiters zur Arbeit haben
a. die Arbeiter ihr Krankenbuch sowie die Alters- u. Invalidenkarte,
b. minderjährige und jugendliche Arbeiter ihr Arbeits- und Lohnzahlungsbuch, Kinder ihr Schulbesuchsbuch mitzuliegen lassen.

§ 2. Jedem Arbeiter wird beim Arbeitsantritt ein Duplikat dieser in der Werkstätte ausgehängten Arbeits-Ordnung gegen Quittungsbekundung übergeben.

§ 3. Die tägliche Arbeitszeit für Gewerkschaftsmitglieder beträgt ... Stunden, doch kann dieselbe bei harten Beschäftigungen verlängert werden.

Die Arbeitszeit ist im Sommer von ... Uhr bis ... Uhr

norm. von ... Uhr bis ... Uhr mittags von ... Uhr bis ... Uhr

norm. von ... Uhr bis ... Uhr mittags von ... Uhr bis ... Uhr

§ 4. Für weibliche und jugendliche Arbeiter ist die Arbeitszeit durch den gesetzlichen angeordneten Kündigung geregelt.

Die letztgenannten Arbeiter resp. Arbeiterinnen sind verpflichtet, von dem erwähnten Kündigungstermin zu nehmen.

§ 5. Der Lohn wird nach Stunden berechnet und nur für wirklich geleistete Arbeit gezahlt.

Die Zahlung erfolgt jeden Sonnabend nach Arbeitsantritt in barer Geld. Für minderjährige und jugendliche Arbeiter wird der Lohn auf Grund des Lohnbuchs berechnet.

§ 6. Eine beiderseitige Kündigung findet nicht statt. Der Arbeitsvertrag kann bei den Arbeitern gegen Stundenlohn kündbar, bei Arbeitern auf Accord

nur nach Feststellung des Accords aufgelöst werden.

Wenn nicht eine der Parteien an der Auflösung des Arbeitsverhältnisses ein großes Versehen trifft, oder wenn nicht die Gründe aus §§ 123 und 124 der Gewerbe-Ordnung vorliegen, lassen die Arbeiter nur abends entlassen werden, und diese auch nur berechtigt sein, abends den Arbeitsvertrag mit den Arbeitgebern zu lösen.

§ 6. Das Tabakfranken in den Werkstätten ist verboten. Ebenso ist verboten, beim Verlassen der Werkstätten Zigaretten, Cigaretten und Pfeifen in den Arbeitsräumen sich anzuzünden.

§ 7. Die in der Werkstätte anhängenden Unfallversicherungs-Versicherungen sind auf das sorgsamste zu beobachten. Jeder Arbeiter ist verpflichtet, sich mit dem Inhalt des Angebots bekannt zu machen.

Berlin, den ... 1901.

Der Arbeitgeber.

II. 1. Lehrlinge, welche ihre Lehrzeit beendet haben, erhalten im ersten Jahre nach ihrer Lehrzeit einen Stundenlohn von 35 Pf.

2. Sämtliche übrigen in den Taschenerwerkstätten beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen erhalten eine Zulage von 5 Proz. zu ihren bisherigen Bezügen.

3. Die unter II 2 aufgeführten Arbeiter mit Ausschluß der Arbeiterinnen und derjenigen ungelerneten Arbeiter, welche sich nicht durch ihre Tätigkeit die Fertigkeit von Taschengeräten angeeignet haben, erhalten in Zukunft einen Durchschnitts-Stundenlohn von 45 Pf.

4. Wenn von den Arbeitern Überstunden geleistet werden, so ist ihnen ein Zuschlag von 25 Proz. zu gewähren.

5. Die Arbeitgeber verpflichten sich, neue Heimarbeiter in Zukunft nicht einzustellen und die Heimarbeit möglichst ganz zu beseitigen.

6. Die bereits vorhandenen günstigeren Arbeits- und Lohnbedingungen werden durch diesen Vergleich nicht berührt und müssen beibehalten werden.

7. Die Parteien verpflichten sich, zur Schlichtung aller zufälligen Differenzen eine Kommission, bestehend aus 2 Arbeitgebern und 2 Arbeitnehmern, einzurichten. Den Vorsitz soll ein Gewerbebesitzer führen.

Diese Kommission hat auch die Pflicht, angemessene Zeit vor Ablauf dieses Vergleichs entweder diesen Vergleich zu erneuern oder den Parteien zu empfehlen, oder neue Vergleichsbedingungen für dieselben auszuarbeiten.

§ 8. Gegen alle Entlassungen und Beschlässe der Jünger-Kommission steht jeder der Parteien die Berufung an das Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts zu.

Die Karikatur des Gewerbegerichts hat innerhalb 3 Tagen nach Bekanntwerden der Entscheidung oder des Beschlusses zu erfolgen. Der Entscheidung des Einigungsamts haben sich die Parteien endgültig zu unterwerfen. Jedemfalls dürfen vor dieser Entscheidung weder Ausperrungen seitens der Arbeitgeber, noch eine Niederlegung der Arbeit seitens der Arbeiter erfolgen.

§ 9. Vorstehender Vergleich hat Gültigkeit bis 15. Februar 1903. Die Gültigkeit der Arbeitsordnung wird durch die Dauer dieses Vergleichs nicht berührt.

gez. E. Bernhard, Kohlenzer, Paul Lucht, S. Feist, v. Schulz, K. Köster, Wilhelm Strabe, Ludwig & Joppich, Franz Ritter, Rob. Voß, Dreddenker, 88, 89, Karl Schen, Gustav Ahmann, Karl Wehler, Arthur Kaufsch, Will Luchse, David Scheier.

Arbeiter-Sängerbund

Berlins und Umgegend. Sonntag, 24. Februar, vormittags präcise 11 Uhr, im Saale der Brauerei Friedrichshain

Übungsstunde.

Folgende Lieder werden geübt: Gruß an den Mai, Weltenfriede, Zukunftsbüchlein, Es grünt und blüht. Die Vereine Berlins und der näheren Umgegend sind verpflichtet, pünktlich und vollzählig zu erscheinen. Bundesmitgliedskarte legitimiert. Der Vorstand.

NB. Sämtliche Zuschriften sind bis auf weiteres an den 1. Vorsitzenden Hb. Neumann, Brunnenstraße 150, zu richten.

Van Houten's Leicht löslich-Leicht verdaulich Cacao Wohlgeschmeckend-Billig im Gebrauch

Fahrräder-Leihhaus! Verfallene Räder, neu und alt in grosser Auswahl spottbillig. Nur erstklassige deutsche Marken.

Leihhaus Neue Schönhauserstr. 11.

Zum gemütlichen Thüringer. Lokal in Hohen-Schönhausen, vis-à-vis d. Wilhelmsberger Kirchhöfen (Hindenburg- und Marienstraße). August Günther, O. Frankfurter Allee 16.

Kohlen billiger! Briquets ab Plah Cir. nur 90 Pf. Beste Qualität Gr. 1 W. Obersteilische Steinkohle ab Plah Crefeld nur 1,10 W. Centner nur 1,35 W. J. Fischer, Brombergerstr. 14.

Wo ist die schönste Zuspärtie? Durch den Grunewald nach Pichelswerder zum alten Freund.

Aeltere sozialistische Werke von Engels, Lassalle, Marx, Smith etc. Socialistische Zeitungen und Zeitschriften kaufen bei S. Calvary & Co., Antiquarier.

Ganz umsonst und portofrei

28 verschiedene Nummern in Messerform sowie große Auswahl in Messerformen, Taschen, Zafelmessern und Wädeln, Scheren, Brot-, Schlacht-, Gemäße, Hand- und Wiegemeßern, Uhren- und Halstetten, Broschen, Ringe, Portemonnaies, Zigarrenstiche, Pfeifen, Spazierstöcke, Regenschirme, Fernrohren, F. eidischen, Schuss- und Schwärzen, Wagen und sonstigen Schund- und Handhaltungsartikeln etc.



Mehr wie ein Stück nur gegen Nachn. Gebrüder Bell, Stahlwarenfabrik, Gräfrath Nr. 714 bei Solingen.

lann sich jeder von und für entsprechenden Wert Waren erwerben. (Wir bitten selbiges jedoch nicht mit Coupons oder Gutscheinen zu verwechseln.)

Rasiermesser No. 64 für nur Mk. 2,00, 14 Tage zur Probe mit 5 Jahren Garantie, aus Silberstahl genau wie



Besteller verpflichtet sich, obigen Betrag einzufenden oder das Messer zu retournen.

Jeder Arbeiter Jeder Handwerker sollte zur Arbeit die Lederhose Herkules tragen. Klein-Verkauf. Sehr harte Ware in proflichen grauen u. braunen Streifen.

Bei Entnahme von 4 Mk. 50. 100 Stk. 35 Mk. 1 Mk. 90. 100 Stk. 35 Mk. 1 Mk. 90. 100 Stk. 35 Mk. 1 Mk. 90.

Baer Sohn. En gros. Export. En detail. Chansestr. 24/25. Bräudenstr. 11. Gr. Frankfurterstr. 20.

Köpenick, Grünauerstr. 70. H. Königs Restaurant hält sich bestens empfohlen.

Jedes 5 Pfennig. Wort! Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Monatsstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe. Cigarengeschäft wegen meiner Auswanderung veräußert. Rüdori, Knytrasse 61. 7128*

Teppiche, Gardinen, Spottbillig, Leibhaus Reanderstraße 6. 53/18*

Kanarienvögel, Buchweiden, Hechauer, Waldvogel, billig. Große Frankfurterstraße 13. 2397b

Vermischte Anzeigen. Elektroschiff, Abendstunde alle Hofstraße 24, Janson. 2700b*

Buchbinder-Arbeit jeder Art fertigt Ferdinand Kleinert, W. Sklonstraße 66, 2. Hof parterre. 2387b

Vermietungen. Mietsgesuche. Junger Mann sucht möbliertes Zimmer oder dito Schlafstelle zum 1. März. Nähe Großgärchenstraße. Preis bis 15 Mark inklusive. Genane Offerten an H. Voham 87.

Wohnungen. Borori, Königs-Platz, Musterhausen, Wohnungen jeder Art, mit und ohne Gas, Wasserleitung, Kloset sofort oder später billig zu vermieten. Näheres beim Wirt, Amstgarten 2. 1404b

Schlafstellen. Möblierte Schlafstelle, 1 ober 2 Betten, Rudowstraße 43, vorn II rechts. 2758b

Arbeitsmarkt. Stellenangebote. Bilderrahmenmacher verlangt Wassertrasse 23. 2718b

Ein energischer Werkmeister, der mit der Herstellung von Gassen und Riefen-Profilen durchsicht vertraut ist, wird zum baldigen Eintritt für eine größere Fabrik in Döbrenthaus gesucht. Offerten unter H. 3 an die Expedition dieser Zeitung erbeten.

Achtung, Tapezierer! Der Streit bei der Firma Köpke dauert unverändert fort. 177/7* Die Verbandsleitung.

Achtung! Stuccateure! Bei den firmen Jäckel, Horrtwich, Häsks haben sämtliche Kollegen auf Grund des Angebots, Accord zu arbeiten, die Arbeit niederzulegen. Zugang ist streng fernhalten. 173/7 Die Verbandsleitung.